Nr. 2/3 März/Juni 92 7. Jahrgang Einzelpreis 5 DM G 7955 F

# die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik



## Ambulante Hilfsdienste

### Wunsch und Wirklichkeit

## Risse im ABiD

## EDITORIAL

Tachchen. Vor Euch liegt sie, die neueste Nummer der *'randschau'*. Eigentlich hatten wir ja ursprünglich geplant, diese ausschließlich mit dem Schwerpunktthema "AMBULANTE DIENSTE" zu füllen. Aus, wie mensch sagt, aktuellem Anlaß, sind es nun zwei Schwerpunktthemen, zu einer Doppelnummer zusammengefasst. Zwar hätten wir uns diese (bzw. den Platz) gerne für einen späteren Zeitpunkt aufgespart, hielten es aber für angesagt doch noch einmal auf die Ereignisse im Allgemeinen Behindertenverband (ABiD) einzugehen. Dazu mehr auf den hinteren Seiten. (Die vier, zu einer Doppelnummer fehlenden Seiten, holen wir demnächst nach.)

Bei der Diskussion um Anspruch und Praxis der Ambulanten Dienste in diesem Heft, werden die PraktikerInnen unter Euch wieder unken, viel zu kurz, viel zu wenig konkret, und, und, und. Mehr als ein Einstieg kann es aus Platzgründen erstmal nicht sein. Wir hoffen auf Reaktionen aus den Diensten selber. Denn ihr wißt (hoffentlich!): Diese Zeitschrift kann nur auf der Basis von Auseinandersetzungen leben. Deshalb fanden wir es richtig gut, daß Thomas aus München sich von Volkers Artikel in der letzten *'randschau'* zu einem inhaltlichen Leserbrief hingerissen fühlte. Wir hoffen die Diskussion geht weiter!
Auch ansonsten ist die LeserInnenresonanz größer als sonst. Die Haue, die wir für unser Einlegeblatt der letzten Ausgabe bezogen haben, stecken wir weg. Eine Antwort darauf gibts nicht, nur einen Beitrag, der sich noch einmal mit den Ereignissen im und um den ABiD befasst.
Für LeserInnenbriefe ganz allgemein wollen wir noch folgendes loswerden: Als sinnig empfänden wir es, wenn Ihr auf Beiträge inhaltlich eingehen würdet. Dies bringt Euch und uns sicher am Meisten. Merke: Wir sind dabei für Kritik empfänglich.

Zum "europaweiten Protesttag am 5. Mai 1992" haben wir diesmal noch nichts mit reingenommen. Diese Ausgabe erreicht Euch ja erst nach diesem Termin. Wir wollen dieses Manko in der nächsten Nummer durch intensive Berichterstattung wettmachen. Alle die Initiativen, die sich am Aktionstag beteiligt haben, seien hiermit aufgefordert uns Material (Berichte, Einschätzungen, Fotos,...) zu ihren Aktivitäten zukommen zu lassen.

Wir suchen dringend die Adresse von Hans Bruckest, aus Heidelberg, der uns möglicherweise mit Fotos weiterhelfen wollte. (Du hattest vergessen Deine Adresse aufzuschreiben. Sorry. Versuche es bitte noch einmal!)

Die Preise für *'die randschau'* steigen, aber "nur" für die Menschen, die unsere Zeitschrift im Ausland beziehen. Der Grund ist ein simpler: Wir können diese nicht mit dem - preiswerteren - Postzeitungsdienst versenden und müssen den ganz normalen 'Drucksachen'-Preis bezahlen.

Den Spendenaufruf "Kohle lockermachen!" veröffentlichen wir auf der letzten Seite noch einmal; in der nächsten Ausgabe hoffen wir dann, Euch über die Erfolge (oder Mißerfolge) die dieser Aufruf gezeitigt hat, berichten zu können (Uns fehlt derzeit noch eine Rückmeldung unserer Buchhaltung).
Bis die Tage.

**Jörg Fretter**

**Die geplanten Schwerpunktthemen für dieses Jahr:**

**Juli/August-Nummer:**
Nachbetrachtungen zum Europaweiten Aktionstag zur Gleichstellung Behinderter
(Redaktionsschluß: 31.5.92)

**September/Oktober-Nummer: Medien**
(Redaktionsschluß: 15.8.92)

**November/Dezember-Nummer: Utopien**
(Redaktionsschluß: 31.10.92)

**Beiträge und Einmischung sind erwünscht!**



## INHALT

## *IMPRESSUM*

**Impressum:**

**Herausgeber:**
Ce Be eF - Club Behinderter und Ihrer Freunde in Köln und Umgebung e.V., Köln

**Ressorts & Redaktionsadressen:**

Anzeigenverwaltung: Redaktion Ber-lin, Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 2 18 43 76

Abo & Vertrieb: Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 3500 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

Redaktion Essen, Ulrike Lux, Huttropstraße 41, 4300 Essen 1, Tel.: 0201 / 27 49 16

**Redaktion:**
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Essen), Michael Knuffmann (Krefeld), Jörg Fretter (Kassel),

**V.i.S.d.P.:** Jörg Fretter

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Erscheinungsweise 6 x pro Jahr,

**Abo:**
Preis für 6 Ausgaben 20,- DM
(Ausland 30,- DM)
Preis für 10 Ausgaben auf Cassette 30,- DM
Einzelpreis regulär 4,- DM
Doppelnummer 5,- DM

Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/92

**Bankverbindung:**
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr.: 153 30 - 508 Stichwort: 'Ce Be eF - Köln / die randschau'

**Titelfoto:**
Copyright by Medienwerkstatt Freiburg GBR, aus: "DER PANNWITZBLICK"

**Satz:**
LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel

**Druck:**
COPY-Team, Holl.Str. 36-38, Kassel

## 'Düsseldorfer Appell' erscheint in zweiter Auflage

**(aus: Behinderte in Aktion)**
Der 'Düsseldorfer Appell gegen die Diskriminierung Behinderter' erscheint jetzt über den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter - BSK in seiner zweiten Aufllage. Der Appell, der anläßlich der REHA '91 der Öffentlichkeit übergeben wurde, wird mittlerweile von über 60 Behindertenorganisationen, -gruppen und -verbänden und von mehr als 1.600 Einzelpersonen unterstützt. Viele weitere Gruppen und Verbände sind derzeit in der Diskussion, ob sie den Appell unterstützen.
Die Neuauflage enthält gegenüber der ersten Auflage eine kleine - aber wichtige - Änderung. In bezug auf behinderte Frauen wurde eine Anregung von Ratsfrau Maren Nitschke-Frank aus Kiel in die Neuauflage augenommen. Die Textpassage lautet nunmehr wie folgt:

*"Behinderte Frauen werden zusätzlich diskriminiert. Wenn sie eine eigene Erwerbstätigkeit und beruflichen Erfolg anstreben, stoßen sie auf noch größere Barrieren als behinderte Männer. Auch wird ihnen vielfach das Recht auf Mutterschaft und eine eigene Sexualität abgesprochen. Die krassesten Übergriffe sind Vergewaltigungen, die in der derzeitigen Rechtsprechung oftmals nicht geahndet werden. Es ist offensichtlcih, daß hier Unrecht geschieht."*

Für alle diejenigen, die den 'Düsseldorfer Appell' noch nicht kennen oder diesen unterstützen wollen, hier die Bestelladresse:
**Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter, Büro Bonn, Friesdorfer Straße 255, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228 / 31 78 40**

### Gefängnisausbruch mit Beinprothesen

Columbia (ap). Mit einem versuchten Ausbruch aus dem Gefängnis in Columbia im US-Bundesstaat Missouri hat ein 48jähriger Häftling die neuen Beinprothesen, die ihm kurz zuvor angepaßt worden waren, einer Bewährungsprobe unterzogen. Der Gefangene, dem nach einem früheren Fluchtversuch beide Unterschenkel wegen schwerer Erfrierungen amputiert werden mußten, überwältigte nach Mitteilung aus der Strafanstalt mit Hilfe einer Metallklinge einen Aufseher, legte ihn in Handschellen und entkam mit dem Wagen des Beamten. Auf der Autobahn wurde er später aber von einer Polizeistreife wieder gefaßt.




## Neuer Freizeitführer Rhein-Main für Behinderte

**(Presseinfo)** Die "Interessengemeinschaft für Behinderte Wiesbaden - IFB" hat unter dem Titel "**Behinderte on Tour**" einen Freizeitführer für das Rhein-Main Gebiet herausgegeben. Aus dem Pressetext: "Viele Städte haben einen Führer für Behinderte. ... Wichtige Tips und Adressen wo Menschen mit Behinderungen ihre Freizeit verbringen können, enthalten die meisten Stadtführer nur spärlich. So haben sich vor einem Jahr körperbehinderte Menschen und ihr Sozialarbeiter von der IFB Wiesbaden aufgemacht und im gesamten Rhein-Main-Gebiet nach Theatern, Kinos, Kneipen, Veranstaltungssälen etc. gesucht, die behindertenfreundlich sind. Auskunft über Befahr- oder Begehbarkeit und Platzangebote der einzelnen Einrichtungen, sowie Standorte der Behindertenparkplätze - natürlich auch die öffentlichen Behinderten-WC's sind ebenso in diesem Führer enthalten. Über 500 Adressen sind zusammengetragen worden, wobei die einzelnen Orte persönlich besucht wurden, oder aber die Besitzer mit dem Zollstock Türbreiten, Stufen, etc. vermessen haben. Insofern ist dieser Führer natürlich genauso interessant für Musikgruppen, Veranstalter und dergleichen."
**Seit März ist da 300 Seiten starke Buch in Buchläden im Rhein-Main-Gebiet zu erhalten. Es kann auch über die IFB direkt bestellt werden: IFB-"Quasimode", Mühlstraße 23, 6229 Schlangenbad, Tel: 06129 / 23 40 (Herr Zeipelt)**

## VCD will Informationen von behinderten AutofahrerInnen

**(Anschreiben)** Mit Schreiben vom 22.03.1992 bittet uns der Bundesfachausschuß "Behinderte" des Verkehrsclubs der Bundesrepublik Deutschland e.V. - VCD einige Fragen an unsere LeserInnen zu stellen, deren Antworten in das derzeitige Schwerpunktthema zur "Situation behinderter AutofahrerInnen (speziell die der InhaberInnen der blauen Parkberechtigung) und ihre Probleme mit den Behindertenparkplätzen" einfließen sollen.
Die Fragen lauten:
1. Ist in Bezug auf die Behindertenparkplätze eine Neuregelung (Abschaffung der Behindertenparkplätze -außer vor Ämtern-, Erlaubnis für behinderte AutofahrerInnen sich auch an - momentan - nicht erlaubten Plätzen hinzustellen) notwendig und sinnvoll?
2. Welche Erfahrungen wurden mit AutofahrerInnen gemacht, die sich ohne Berechtigung auf die Parkplätze mit RollstuhlfahrerInnensymbol gestellt hatten?
3. Wie waren die Erfahrungen mit der evtl. herbeigerufenen Polizei?
4. Wie reagierten die Beamten wenn Parkberechtigte, bei Parkplatzblockierung durch unberechtigt Parkende, eine Anzeige erstatten wollten?
5. Wurde das - nicht berechtigte Fahrzeug - abgeschleppt?
**Wer diese Fragen beantworten möchte oder sonst etwas zu diesem Thema beizutragen hat, wende sich an: Udo Messer, Kallestraße 1, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069 / 5 60 29 46**

## Behinderte fordern Rücknahme der ABM-Kürzungen

**(Presseinfo)** Als "sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fehlgriff" bezeichneten die Mitglieder der Behindertenorganisation Interessenvertretung "Selbstbestimmt Leben" Deutschland - ISL e.V. die enormen Kürzungen der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit denen die bundesdeutschen Arbeitsämter und vor allem die Arbeitslosen in diesem Jahr konfrontiert sind.
"Für viele Behinderte und Langzeitarbeitslose bieten die Tätigkeiten im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oft die einzige und letzte Chance wieder Fuß im Arbeitsprozeß zu fassen oder überhaupt erst einmal Berufserfahrungen zu sammeln", so Ottmar Miles-Paul der Pressesprecher der ISL e.V., "daher ist es für uns völlig unverständlich und sozialpolitisch völlig unverantwortlich, daß die Bundesregierung gerade in diesem Bereich derartig radikale Einsparungen vornimmt und diesen Personenkreis im Regen stehen läßt." So wurde z.B. im Kasseler Etat für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine fast 70%ige Kürzung der Mittel vorgenommen. Derartige Kürzungen bedeuten nach der Einschätzung der ISL e.V. nicht nur das Aus für viele Behinderte in Sachen Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, sondern werden vor allem katastrophale Folgen für eine Vielzahl der unterstützenden sozialen Dienste im gesamten Bundesgebiet haben. Was der Bundesregierung vielleicht kurzfristig als Einsparung zu Gute kommen wird, werde sich nach Ansicht der ISL e.V. langfristig als sozialpolitischer Bumerang erweisen, da viele derjenigen, die im Rahmen von AB-Maßnahmen beschäftigt und in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten, langfristig zu SozialhilfeempfängerInnen degradiert und unnötig abhängig gehalten werden.

"Aufbauend auf den Erfahrungen unserer Beratungstätigkeit für Behinderte können wir bereits jetzt viele negative Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bei vielen behinderten Menschen feststellen, so daß u.E. dringend arbeitsmarktpolitische Verbesserungen anstatt Einsparungen angebracht sind. Daher können wir gegen derartige Tendenzen nur noch zum Widerstand aufrufen und die Verantwortlichen auffordern, mit diesem arbeitsmarktpolitischen Blödsinn Schluß und die Kürzungen rückgängig zu machen," so Miles-Paul abschließend.

## ICE - Einstieg für Behinderte bleibt verwehrt

**(Presseinfo)** Der Hochgeschwindigkeitszug *InterCityExpress* (ICE) das Paradepferd der Deutschen Bundesbahn, hat ein bislang kaum beachtetes Manko: Es gibt zwar zwei RollstuhlfahrerInnen-Stellplätze und eine ausreichend große Toilette, aber der Einstieg in den Zug führt nach wie vor über Stufen in den Waggon; vielen behinderten und alten Menschen bleibt deshalb ein selbstständiges Einsteigen verwehrt.
"Der ICE muß auch für diesen Personenkreis ohne großen Aufwand spontan benutzbar sein!", forderten Mitglie-

derInnen des Aktionskreises "Der behinderte Mensch in Dortmund" in einem Gespräch mit den Verantwortlichen der ICE-Projektleitung und des Vertreter der Kontaktstelle für Behinderte der DB. Die Erörterung fand auf Einladung der DB im ICE auf der Strecke zwischen Hannover und Frankfurt statt. Ein weiterer Mangel des ICE's zeigte sich schon im Vorfeld des Gesprächs: Das hierfür eigens von der DB reservierte Konferenzabteil ist für RollstuhlfahrerInnen nicht benutzbar.
Die Bundesbahn hält augenblicklich in den ICE-Bahnhöfen mobile Rampen oder Hub-Lifte als Einstiegshilfen bereit. Das bringt für Reisende im Rollstuhl allerdings langwierige Voranmeldungen für Ein- und Ausstieg mit sich, und es bleibt außerdem die Ungewißheit, ob Anfang und Ende der Reise auch klappen. Deshalb forderten die Dortmunder AktionskreismitgliederInnen eine spürbare Verbesserung der Organisation des Ein- und Ausstiegsservice; diese Notwendigkeit wurde auch von den DB-Vertretern gesehen. Wie zu erfahren war, sieht das Jahresprogramm der DB eine drastische Erhöhung der Zahl der Bahnhöfe mit Einstiegshilfen vor. Auch die lange von den Behindertenverbänden vehement geforderten direkt am Waggon installierten Rollstuhl-Lifte werden für die nächste ICE-Generation in Aussicht gestellt. Der Peditionsausschuß des Deutschen Bundestages hatte 1983 die Bundesbahn ermahnt, sich mit Lösungsmöglichkeiten für den Einstieg für RollstuhlfahrerInnen zu befassen.




## 1. lesbisch/schwules Behindertentreffen

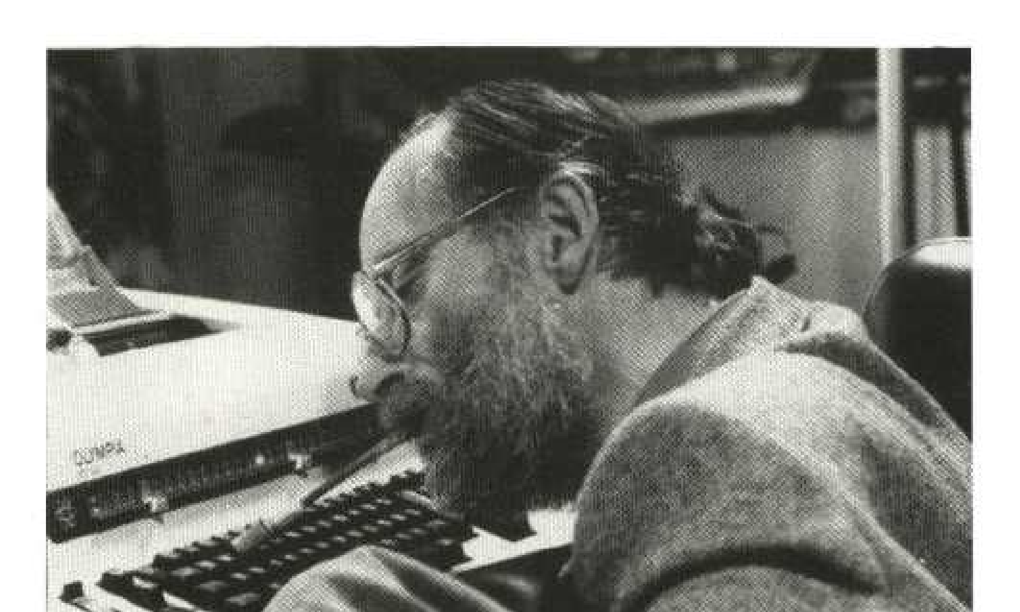
Vom 22. bis 24.5.1992 wird im Freien Tagungshaus Walschlößchen bei Göttingen das erste "Bundesweite Treffen für Lesben und Schwule mit einer Behinderung" oder "Krüppeltreffen für sexuell gleichgeschlechtlich Empfindende" oder "Lesbisch/schwules Behindertentreffen" stattfinden. Aus dem Ankündigungstext: "Schon aus dem Definitionswirrwarr läßt sich ableiten, daß'eine Diskussion darüber, wie wir uns selbst wahrnehmen noch aussteht - und nicht nur das.
Ausgehend von den Ideen der 1. Europäischen Konferenz zu Homosexualität und Behinderung, die 1991 in Holland stattfand, wollen wir ... den Versuch starten, behinderte Lesben und Schwule zusammenzubringen.. Das Motto des Treffens könnte wie folgt lauten: 'Es ist wichtig, daß wir ein neues stolzes Bewußtsein entwickeln, als Andersseiende, als Freaks, weg von der Norm. Dann können wir vielleicht auch solidarisch sein miteinander!'"
Das Treffen wird von der Deutschen Aids-Hilfe finanziert (auch Reisekosten). Anmeldungen sind schnellstmöglich (unter Angabe der benötigten Hilfestellungen, ob Gebärdendolmetscher benötigt werden oder ob AssistentInnen mitgebracht werden) zu richten an:
**Waldschlößchen, 3407 Gleichen-Rheinhausen, Tel.: 05592 / 382**

## KLEINANZEIGE

**WANTED full-time care assistant in the South of England**
aged between 21 and 45, experience not necessary, a driver essential, needs to be phisically strong, hours refering to time off negotiable, L 135 weekly before tax and national insurance, board and lodging supplied, first day of work at the end of July.
**contact Karl Wagner, Tel.: 0221 / 63 35 03**

## Sächsischer Landtag kauft sich von Behinderten frei

**(PDS/LL-Fraktion)** Das Schwerbehindertengesetz schreibt u.a. vor, daß Arbeitgeber zu prüfen haben, ob freie Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzt werden können. Andernfalls müssen Verwaltungen, Betriebe und Firmen für jeden nicht besetzten Pflichtplatz eine monatliche Ausgleichsabgabe von 200,- DM zahlen. Das viele Arbeitgeber sich dieser Aufforderung des Gesetzes gerne entziehen und sich lieber von der Beschäftigung Behinderter freikaufen ist indes bekannt. Das dabei auch öffentliche Verwaltungen nicht zurückstehen und oftmals die 6 prozentige Beschäftigungspflicht durch die Zahlung der Ausgleichsabgabe umgehen, nimmt nicht wunder. Doch das der sächsische Landtag in seinem Haushaltsplan 1992 unter dem Haushaltstitel "980 01-5 299" gleich 350.000 DM bereitstellt um sich der Beschäftigung Behinderter zu entledigen ist zwar folgerichtig, aber nichts desto weniger unverschämt. Die Fraktion PDS/ Linke Liste hat zwar versucht mit einem Änderungsantrag (Drucksache 1/1504) die Streichung der 350 TDM im Haushaltsplan herbeizuführen, ist aber an den Stimmen der anderen Parteien gescheitert. Somit werden hochgerechnet ca. 146 Schwerbehinderte in Sachsen zumindest im Jahr 1992 nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.



# "DER PANNWITZBLICK"

Didi Danquarts neuester Film "DER PANNWITZBLICK" ist ein ungewöhnlicher Streifen. Er ist derzeit bei der Medienwerkstatt Freiburg, immer wieder gut für interessante und sehenswerte Produktionen, zu entleihen. "Ein Film mit einer ungewöhnlichen Sprache, mit ungewöhnlichen Bildern über ein ungewöhnliches Thema: die Aussonderung von geistig und körperlich behinderten Menschen." heißt es im Ankündigungstext. Und weiter: "Im Faschismus waren es die 'Propagandafilme*', die - mit den Theorien der Eugeniker - die Massenvernichtung der 'Nicht-normalen-Menschen" vorbereiteten. Damals wurde das Objektiv der Kamera durch die Nazis umfunktioniert zum 'gesellschaftlichen Auge', zum Glasauge der Gesellschaft.

Der Faschismus ist bewältigt. Scheinbar. Massenvernichtung gibt es nicht mehr. Aber das Glasauge ist noch da. Daran hat sich nichts geändert.
Davon berichten behinderte Menschen, denen erneut Glasaugen 'zu Leibe rükken', auch, um ihre gesellschaftliche Zuordnung zu bestimmen. Euthanasie ist wieder ein Thema geworden in Deutschland.

Der Blick der Nichtbehinderten auf die Behinderung hat oft etwas mit Fremdheit und dadurch mit Angst zu tun, die umschlägt in Abwehr. Dies wird sichtbar in Bildern und in menschlichem Verhalten.
Der Pannwitzblick ist ein analytischer Montagefilm über Blicke, Kameraeinstellungen und das Verhältnis der Macht des Abbildenden gegenüber dem Abgebildeten: vor der Kamera und dem Auge."
Der Farb- & s/w-Film (90 Min), der 1991 den Deutschen Dokumentarfilmpreis erhielt, ist ausleihbar:

**als Video:**
**Medienwerkstatt Freiburg, Konradstraße 20, 7800 Freiburg, Tel: 0761 / 70 97 57**

**als 16 mm:**
**Verleih der Filmemacher, Zenturstraße 11 /Rgb., 8000 München 40**

# Betreff: Abo - Adressenänderungen

Sollte sich Euere Adresse (bedingt durch Umzug, etc.) ändern, gib uns bitte frühzeitig Bescheid.
Bei jedem Versand kommen immer noch Stapel von Adressenaufklebern an uns zurück.

Zeitschriften, die über die Postzeitungsstelle der DBP vertrieben werden, haben in der Regel keine Chance dem/der AbonentIn nachgesandt zu werden (auch dann nicht, wenn ein Nachsendeauftrag besteht!).
Also: Bei Adressenänderung 'ne (möglichst gut leserliche) Nachricht an uns senden!

**Abo & Vertrieb, die randschau, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 3500 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78**

# Wochenendtagung für körperbehinderte Frauen

**(Presseinfo)** Zu einer Wochenendtagung unter dem Titel **"Wie erlebe ich mich selbst als Frau"** lädt vom 28.08. bis 30.08.1992 die 'Frauenarbeit der evangelischen Kirche der Pfalz' ein. Aus dem Ankündigungstext: "Anhand von persönlichen Erfahrungen und Sichtweisen wollen wir unserem Frauenbild an diesem Wochenende näher kommen, d.h. unsere eigenen Fähigkeiten und Grenzen kennenlernen und annehmen. Das gesellschaftliche Ideal zeigt uns ein bestimmtes Klischee, wie eine Frau auszusehen und zu sein hat - wir haben unsere eigenen Ideale!
Mit Körperwahrnehmungsübungen und -bewegungsübungen, Informationen und Gesprächen wollen wir uns selbst näher kommen. Unser Selbstbild als Frau, Partnerschaft, Sexualität und Schwangerschaft werden uns dieses Wochenende beschäftigen.
Zu diesem Thema bieten wir eine Fotoausstellung der Bremer Krüppelfrauen mit dem Titel "Unbeschreiblich weiblich" an. Als Fachreferentinnen werden teilnehmen: Barbara Moravec (Bewegungspädagogin/Bad Homburg) und Dr. Ende (Neurologin/Heidelberg).
Die Tagungskosten liegen bei 100 DM für Teilnehmerinnen und 50 DM für Begleitpersonen (Ermäßigungen möglich). Weitere Informationen und Anmeldung (bis spätestens 13.07.1992) bei:
**Frauenarbeit in der Ev. Kirche der Pfalz, Karl-Helfferich-Straße 16, 6730 Neustadt, Tel.: 06321 / 8 10 27**



# Neuer BAG-C Info-Dienst

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Clubs Behinderter und ihrer Freunde - BAG-cbf in Mainz hat einen neuen Info-Dienst für die ihnen angeschlossenen Clubs

und Gruppen herausgegeben. In der ersten Nummer (1/92) geht es u.a. auch um "ISL" (gesprochen: Isel) die Interessenvertretung 'Selbstbestimmtes Leben' Deutschland e.V.. Unter der Überschrift "Ausgrenzung als Weg zum Erfolg?" wird der Zusammenschluß der Zentren für Selbstbestimmtes Leben, aus BAG Sicht, kritisch unter die Lupe genommen. So heißt es, ISL betreibe Aussonderung von Nichtbehinderten, da diese u.a. darauf bestehen, daß in den Entscheidungsgremien alle Positionen von behinderten Menschen bekleidet werden müssen und dies auch für die Mitgliedsverbände und -organisationen von ISL gilt.
Sehr erfreulich ist, daß die BAG cbf im Schlußsatz zur Mitgliedschaft-internen Diskussion über die ISL-Positionen aufruft, die in den nächsten Ausgaben des Infodienstes veröfentlicht werden sollen.
Wer Interesse an den Ausführungen hat, wende sich an:
**Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde, Eupener Straße 5, 6500 Mainz**

## Bundesweites Krüppelfrauen-Treffen

Der Termin für das nächste bundesweite Krüppelfrauentreffen steht nunmehr fest: Es wird vom 1. bis 4. Oktober 1992 in der Bildungs- und Begegnungsstätte Hoegener Wisch (in 2246 Hägen) stattfinden. Der Teilnehmerinnenbeitrag wird voraussichtlich 60 DM betragen. Für weitere Infos und Anmeldung wende frau sich an:
**Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 1000 Berlin 30**

## Nächstes Krüppeltreffen

Das nächste bundesweite Treffen des Forums der Krüppel- und Behinderteninitiativen findet vom 12. bis 14. Juni 92 in der Jugendherberge Melsungen statt. Geplantes Thema dieser Veranstaltung; Arbeit. Hier soll es vor allem um die Dinge gehen, die bei der Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten (im Arbeitsalltag) vor sich gehen. Probleme, Lösungsstrategien, etc. Anmeldungen sind zu richten an:
**Andrea Englter-Meessen, Sandstraße 48, 6100 Darmstadt, Tel: 06151 / 31 16 48**

# Nichts gelernt

**(Zusendung)** Ende der siebziger Jahre gerieten die "Alsterdorfer Anstalten", eine der größten kirchlichen Einrichtungen für behinderte Menschen in Deutschland wegen der skandalösen Bedingungen, unter denen die geistig und körperlich Behinderten verwahrt wurden, in die Schlagzeilen. Die neu entstandene Behindertenbewegung verlieh ihnen die "Goldene Krücke" als Anerkennung besonderer Behindertenfeindlichkeit. Als Konsequenz änderte die Einrichtung ihren Namen in "Evangelische Stiftung Alsterdorf" und begann mit einer Dezentralisierung. Heute leben von den einst 1.300 BewohnerInnen 'nur noch' rund 700 auf dem zentralen Anstaltsgelände im Hamburg-Alsterdorf. Die anderen wohnen in Großgruppen von durchschnittlich 20 Behinderten über das ganze Stadtgebiet verteilt.
Als Weiterentwicklung dieser Dezentralisierung entwickelten engagierte MitarbeiterInnen Mitte der achtziger Jahre ein Konzept von Kleingruppen, die gemeinsam in einem geeigneten Haus leben sollten. Die Stiftungsleitung gab grünes Licht. Seit Herbst 1991 gibt es nun ein sehr schönes Haus mitten in Hamburg lebendigsten Stadtteil Ottensen. In diesem Haus leben jetzt 18 sehr schwer geistig, körperlich und psychisch behinderte Menschen in drei Gruppen in drei seperaten Wohnungen, neben anderen behinderten und nichtbehinderten MieterInnen.
In diesem halben Jahr Leben in Kleingruppen, mit eigenem Haushalt, in selbstgestaltetem Wohnraum - und relativ viel Betreuungspersonal haben die Behinderten, die alle schon älter sind und jahrzehntelang in Anstalten untergebracht waren, erstaunliche Verhaltensänderungen vollzogen, wie einhellig die BetreuerInnen, die behandelnden ÄrztInnen und Angehörige festgestellt haben: weniger Ängste, weniger Selbstagression und viel mehr Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten.
Die Stiftung Alsterdorf warb eifrig mit diesem Vorzeigehaus und benutzte es auch zur Aufbesserung ihres immer noch schlechten Images. Die Stiftung ist mit 40 Millionen DM verschuldet und kommt immer wieder ins Gerede wegen schlechter verwaltung und Streitereien innerhalb der Führungsspitze.
All das wird nun durch eine unglaubliche Schreibtischentscheidung der Stiftungsleitung in Frage gestellt. Dem Wohnprojekt wurden 40% der MitarbeiterInnen gestrichen, um diese auf andere Einrichtungen der Stiftung zu verteilen. Die ersten Zwangsversetzungen wurden Ende März ausgesprochen. Begründet wurde das damit, daß die Hamburger Sozialbehörde der Stiftung nur rund Zweidrittel der beantragten neuen Planstellen bewilligt hat.
Diese Entscheidung der Stiftungsleitung stieß aber zum Erstaunen Vieler auf großen Protest. Die MitarbeiterInnen gingen in die Öffentlichkeit, die sehr agile MitarbeiterInnenvertretung innerhalb der Stiftung wurde aktiv, zahlreiche Behindertenorganisationen schrieben eine Protesterklärung, der Senatsbeauftragte für Behinderte ebenfalls und der Verein "Autonom Leben", dessen Beratungsstelle für Behinderte nur ein paar Straßen weiter liegt, initiierte auf die Schnelle eine Anwohnerinitiative, die innerhalb zweier Tage mehrere Hundert Unterschriften unter eine Protesterklärung sammelte. Weitere Aktionen sind geplant.

Bisher hat die Stiftungsleitung gegenüber den betroffenen MitarbeiterInnen und der Anwohnerinitiative noch nicht direkt Stellung genommen und nur ihren Pressesprecher vorgeschickt. Dieser verwies immer nur auf die Entscheidung der Sozialbehörde und darauf, daß andere Wohngruppen der Stiftung Personal nötiger hätten. Das mag stimmen, nur war das vor einem halben Jahr als die Stiftungsleitung den Umzug der Behinderten mit dem zusätzlichen BetreuerInnen zustimmte - sonst wäre es gar nicht dazu gekommen - nicht anders.
Die jetzige Kehrtwendung der Verantwortlichen geht brutal zu Lasten der BewohnerInnen und ein Zurück auf Großgruppenverhältnisse, wo zwei BetreuerInnen pro Schicht 20 Behinderte beaufsichtigen, ist in dem neuen Haus, in dem die Wohnungen auf drei Etagen verteilt sind, ohnehin kaum möglich.
**Protesterklärungen an die Verantwortlichen sind erwünscht und zu richten an: Herrn Pastor Mondry, Ev. Stiftung Alsterdorf, Alsterdorfer Straße 440, 2000 Hamburg 60**

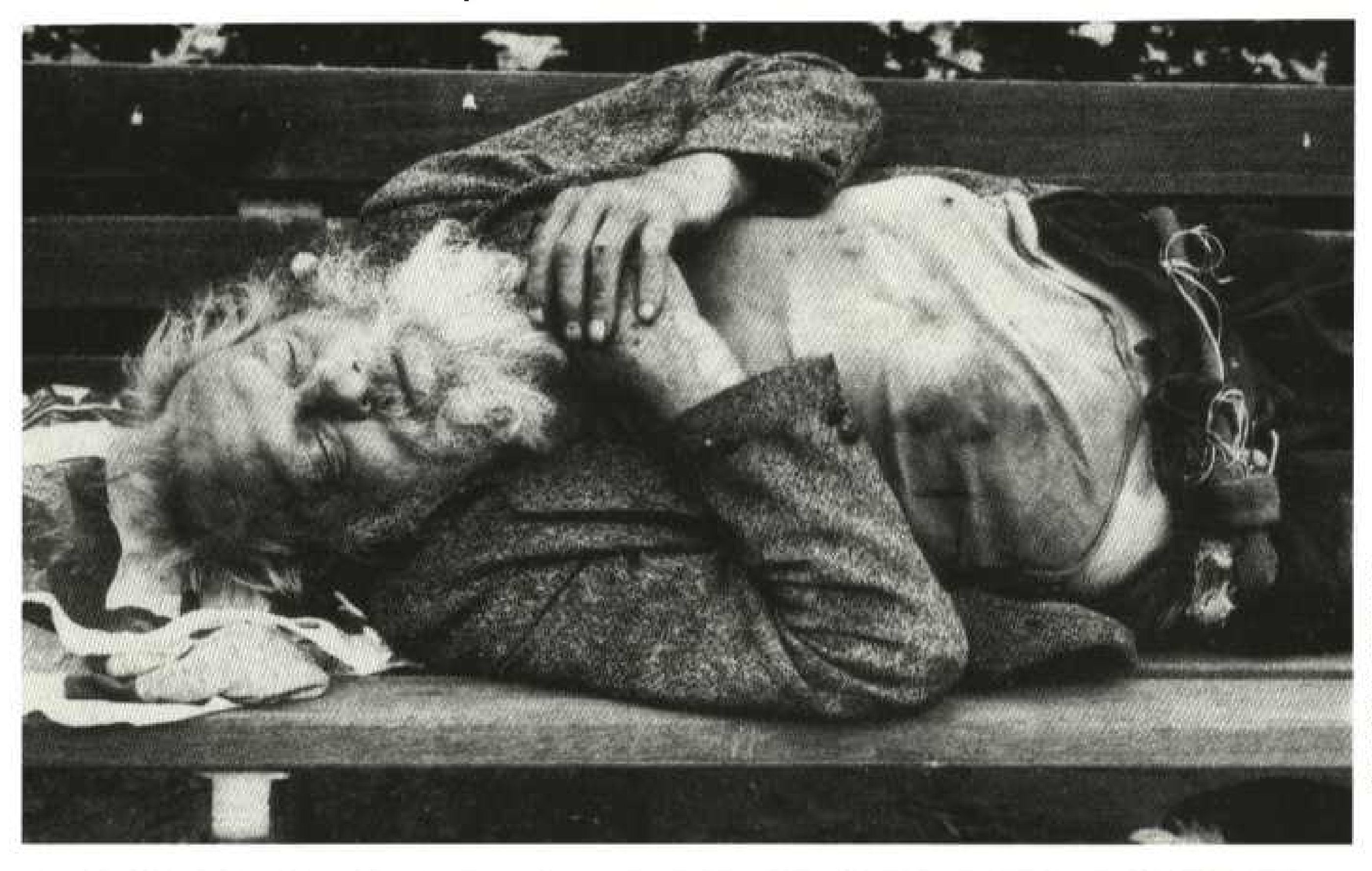


Foto: Klaus Malorny

# AMBULANTE HILFSDIENSTE

# Wunsch und Wirklichkeit oder die Verwaltung des Mangels

**Wie gehen wir nach rund 10 Jahren Praxis mit unserem Ideal, der selbstbestimmt organisierten Hilfe um? Wie gehen wir mit den Menschen um, die diesem Ideal nicht gerecht werden? Kommt nach der großen Hoffnung zwangsläufig die große Enttäuschung? Wie geht es weiter mit ambulanten Hilfsdiensten? Wie soll es weitergehen? Mehr Fragen als Antworten. Und, um es gleich vorweg zu nehmen, Patentlösungen habe ich auch nicht parat. Dafür, wie gesagt, jede Menge Fragen. Anspruch und Wirklichkeit. Es ist so banal wie wahr, daß sie nicht identisch sind.**

## Gegen die Verwahrung

Die ambulanten Hilfsdienste entstanden aus der Not heraus, aus der Notwendigkeit, der Verwahrung, Verwaltung und Befürsorgung in Heim oder Familie etwas entgegenzusetzen. "Wir wollen ... schwer- und schwerstbehinderten Menschen eine Möglichkeit anbieten, ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Haushalt zu führen." So heißt es kurz und knapp in einem Informationsblatt von Ambulante Dienste Berlin (AD), nicht ganz so knapp, aber ähnlich formuliert es die Vereinigung Integrationsförderung (VIF) in München.

Behinderte und Nichtbehinderte taten sich zusammen, um die notwendige ambulante Hilfe zu organisieren. Die Münchener waren 1978 die ersten, 1981 folgten die Berliner, 1983 der Verein zur Förderung der Integration Behinderter (fib) in Marburg. Auch in anderen Städten bildeten sich Initiativen.

Die im 'übrigen Leben' geltende Selbstverständlichkeit, in der eigenen Wohnung zu leben, die sich qua Behinderung in ihr Gegenteil verkehrt, galt und gilt es einzufordern und durchzusetzen. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

## Konkurrenzlose Realität

Verschärft wird die Situation durch die strukturelle Konkurrenzlosigkeit ambulanter Hilfsdienste. Das Angebot ambulanter Hilfe als tatsächliche Alternative zum Heim oder Familie entspricht in keiner Weise dem Bedarf, wobei sich mangelnde Finanzierung und unzureichen-

des Angebot gegenseitig bedingen. Finde ich überhaupt in meinem Wohnbereich einen ambulanten Hilfsdienst, kann ich nicht einfach zum nächsten Hilfsdienst wechseln, wenn ich nicht zufrieden bin. In kaum einem anderen Bereich (die stationäre Pflege eingeschlossen) gibt es eine so eklatante Verwaltung des Mangels, mit dem bekannten Ergebnis, daß sich so gut wie nichts ändert.

## Sozialstationen - die geplante Unzulänglichkeit

Zwar wurde in den letzten 10 Jahren ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen aufgebaut und landauf landab tönt es aus Politikermund, diese seien *die Lösung*, doch erweist sich das als geplante Unmöglichkeit.

Sozialstationen sind gedacht, Krankenhauspflege zu verkürzen oder zu verhindern, natürlich unter dem Aspekt, den teuren Pflegesatz im Krankenhaus einzusparen, wenn die Krankenpflege, also der Verband, die Spritze und dergleichen, auch zu Hause verabreicht werden kann. Unter diesem Vorzeichen fühlt sich die Krankenkasse - und das auch nur begrenzt - dafür zuständig. Sobald es um die sogenannte "reine Pflege" geht, beginnen die Querelen um Zuständigkeiten und Finanzierung, daran ändert auch das neue Aushängeschild der Kostenübernahme bei Pflegebedürftigkeit nichts. Dies führt in der Regel nur zu Verrechnungen mit dem Sozialamt, denn der Bedarf ist damit nicht zu decken. Nicht zum Heim, zum Krankenhaus sind Sozialstationen eine auch politisch gewollte *Ergänzung*. Bei einem regelmäßigen Hilfebedarf von mehr als 4 - 5 Stunden am Tag sind Sozialstationen per se überfordert. Sie sind denkbar ungeeignet, "häusliche Pflege" in großem Umfang sicherzustellen und wie gesagt, sie sind auch nicht dazu gedacht. Dazu kommt die finanztechnisch bedingte Trennung von Krankenpflege und Hauspflege mit unterschiedlich qualifiziertem und unterschiedlich bezahltem Personal. Ein 10-, 20- oder 24-Stunden-Tag ist da erst gar nicht angelegt.

## Pflege zum Null-Tarif - ein gutes Geschäft

Als Retter in der Not dienten und dienen Zivildienstleistende im Rahmen der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung (ISB). Staatlich gefördert, verhinderte die ISB, neben der unentgeldlichen Pflege innerhalb der Familie, bisher den Zusammenbruch der "Versorgung" schwer behinderter Menschen - und das beinahe zum Null-Tarif. Infolge der Kürzung der Wehr- und Zivildienstzeit droht nun aber der Zusammenbruch dieses Billig-Systems. Was sich für den Einzelnen als kleine oder große Katastrophe erweisen kann, könnte politisch gesehen eine Chance sein, "ordentliche Pflege" gegen "ordentliches Geld" einzufordern, denn es mangelt ja nicht an Menschen, die diese Pflege bzw. Assistenz leisten könnten, es mangelt am politischen Willen, Assistenz im erforderlichen Umfang sicherzustellen und zu finanzieren. (Wie in der letzten Ausgabe der randschau nachzulesen ist, bietet die in Aussicht stehende Pflegeversicherung für diese Finanzierung auch keine Gewähr.)

## Die Utopie ist nicht kompromißfähig

Die Durchsetzung selbstbestimmter Hilfe zu Hause erfordert in der Regel ein Maß an Energie und Kampfbereitschaft, das schlichtweg zermürbend ist und - nur allzu verständlich - das Bedürfnis nach mit-solchen-Dingen-in-Ruhe-gelassen-werden-wollen weckt.
Andererseits gibt es zum politischen Anspruch der selbstbestimmt organisierten Hilfe keine Alternative. Wo existenzielle Bedürfnisse derart mit Füßen getreten werden, ist das sich-abfinden mit der Realität (Heimunterbringung, Sozialhilfe, Beschneidung der Lebensmöglichkeiten usw.) automatisch ein politischer Rückschritt. Selbstbestimmtes Leben ist für hilfeabhängige Menschen immer noch weitgehend eine Utopie. Allein das ist entwürdigend und schon aus Gründen der Selbstachtung kann diese Utopie nicht kompromißfähig sein.
Für Menschen, die auf Hilfe/Assistenz angewiesen sind, ergibt sich daraus die absurde Situation, daß sie sich für etwas engagieren müssen bzw. müßten, wozu sie ggf. nicht die geringste Lust verspüren. (Für die Brötchen, die ich beim Bäkker hole, reicht es schließlich auch, sie zu bezahlen. Niemand verlangt von mir, daß ich mich noch in die Bäckerei stelle oder Werbung für den Bäcker mache.)
Ein Dilemma: Die Verweigerung der Entmündigung fordert den Preis der Aktivität, der Einmischung, des mit-machens auch dann, wenn mir nicht danach ist. Ein ambulanter Hilfsdienst, der behinderte Menschen nicht nur zum Objekt eines Dienstplanes machen will, ist dabei so gut oder so schlecht wie die Kontroll- und Einflußmöglichkeiten, die seinen NutzerInnen zumindest strukturell und potentiell zur Verfügung stehen.

## Selbsthilfe-Verein, politisches Forum oder Dienstleistungsbetrieb?

Nach rund 10 Jahren gibt es jede Menge Erfahrungen. Die Zeit des Aufbruchs scheint vorbei. Ernüchterung macht sich breit. Was familiär und überschaubar anfing, ist längst aus den Fugen geraten: Von einem Selbsthilfeverein kann nicht (mehr) die Rede sein (AD-Konzept 1991). AD ist "vielmehr ein wie auch immer alternativer Dienstleistungsverein, dessen selbstgestellter Anspruch und moralische Legitimation darin besteht, dazu beizutragen, behinderten Menschen ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen". Ob Berlin, Marburg oder München, aus einem politisch motivierten Verein ist eine (alternative?) Institution geworden. Dabei stellt sich auch die Frage, wieweit eine solche Institution noch die Begriffe von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung für sich in Anspruch nehmen kann.

Nicht nur der Verein ist gewachsen, auch die Ansprüche. Es wird zu prüfen sein, ob die mehr oder weniger verfestigten Strukturen noch diesen Ansprüchen gerecht werden können.

## Alles unter einem Dach

* HilfenehmerInnen/KundInnen
* HelferInnen
* Vermittlung, Organisation, Büro

Der ambulante Hilfsdienst ruht auf diesen drei Säulen. Da bleiben Interessenkonflikte nicht aus. Dazu kommt die pragmatische Notwendigkeit, sich mit den Kostenträgern 'anzulegen'. Das Tauziehen um Stundenbewilligungen und Stundensätze bedeutet eine Gratwanderung: um politik-, d.h. verhandlungsfähig zu sein oder zu bleiben, werden notgedrungen grundsätzliche Forderungen in die Schublade gelegt, jeder Einzelfall scheint dafür Legitimation. Das ist das große Manko "alternativer" ambulanter Hilfsdienste. Sie sind moralisch erpressbar nach dem Motto: Wenn wir es nicht machen, macht es kein anderer und dann steht das Heim an. Hier wurde sicher des öfteren die Grenze der eigenen Kraft oder Qualifikation überschritten, auch eine Basis für spätere Konflikte und Reibungspunkte.
Das erklärte Ziel der ambulanten Hilfsdienste ist die Vermittlung von Hilfe im Interesse der HilfenehmerInnen. Sozial- und finanzpolitisch ist der Hilfebedarf jedoch in keiner Weise ausreichend abgesichert, so daß in der Nische der ambulanten Hilfsdienste - fernab tarfvertraglich

gesicherter Ansprüche - die HelferIn 'unter Wert eingekauft' werden kann und muß. Nicht der politische Ansatz macht ambulante Hilfsdienste für die Kostenträger attraktiv, sondern der Gewinn, den sie im Verhältnis zur Sozialstation einbringen. So gibt es z.B. Pauschalen für 'Intensivpflegen': je länger, desto billiger (für den Kostenträger). Angesichts drohender Heimunterbringung ist aber der Verhandlungsspielraum sehr begrenzt. Für HilfenehmerInnen wie für HelferInnen ergibt sich eine permanent unsichere Lebenssituation. Mit dem allerdings gravierenden Unterschied, daß sich HilfenehmerInnen nicht einfach von ihrem Hilfebedarf verabschieden können. Eine Ver-un-sicherung in Sachen Hilfe bedeutet insofern für sie immer auch eine existenzielle Bedrohung.

## Laienhelfer-Prinzip ...

Ausgehend von den Erfahrungen mit Expertentum und bevormundender Fürsorge und ausgehend von der Annahme, selbst am besten zu wissen, was nötig ist, d.h., wie die Hilfeleistung aussehen soll, postulierten die ambulanten Hilfsdienste das Laienhelfer-Prinzip. Selbstbestimmt organisierte Hilfe sollte und wollte sich nicht erneut von den berühmt-berüchtigten Fachleuten, die es bekanntlich ja gelernt haben, abhängig machen. Die Folge war, daß eine systematische Unterstützung von HilfenehmerInnen außer in der Form klassischer Sozialarbeit (Antrags- und Hilfsmittelberatung) kaum stattfand bzw. arg vernachlässigt wurde, denn die Anleitungskompetenz schien ja qua Behinderung gegeben. Erst in der letzten Zeit und im Zuge der Verbreitung der Zentren für selbstbestimmtes Leben (ZSL) bzw. der Independent-Living-Bewegung ist das sogenannte peer-counseling (Beratung durch Betroffene) in Mode gekommen. Ein Ansatz, der sicher ganz wesentlich zur Stärkung der Position von HilfenehmerInnen beitragen kann.

## ...kontra Festanstellung?

Die Frage der Festanstellung von HelferInnen schien lange Zeit kein Thema.
1. Aus finanziellen Gründen: welcher Verein oder welche HilfenehmerIn kann es sich leisten, HelferInnen mit allen sozialrechtlichen Ansprüchen fest anzustellen?
2. Das Problem stellte sich oft so gar nicht, weil außer in Berlin zu einem erheblichen Teil auf Zivildienstleistende zurückgegriffen werden mußte (auch, wenn es dem eigenen Anspruch widersprach).
3. Aus grundsätzlichen Erwägungen: Festangestellte Leute müssen permanent im Einsatz sein, d.h. ausgelastet, um sich bezahlt zu machen. Die Auslastung der HelferIn steht gegen die Wahlfreiheit der HilfenehmerIn, sich die HelferIn ausssuchen zu können.
4. Auch eine gewisse Angst vor Professionalisierung (und damit möglicher Etablierung und Bevormundung) dürfte eine Rolle spielen.
5. wenn HelferInnen 'nebenbei' studieren, haben sie oft selbst kein Interesse an Festanstellung. Bei sozial nicht abgesicherten Honorarkräften, evtl. verbunden mit einer hohen Stundenzahl, ist jedoch zunehmend die Forderung nach sozialer Absicherung hörbar.

Bei Festanstellung ergibt sich im Konfliktfall das Problem des Kündigungsschutzes. Die arbeitsrechtliche Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Quartalsende. Der zwangsläufig erforderliche hautnahe Kontakt zwischen HilfenehmerIn und HelferIn kann da unter Umständen unerträglich werden. Eine Lösung könnte darin liegen, eine andere Person zu beschäftigen, aber wer bezahlt ggf. die doppelten Kosten? Hierfür beim Kostenträger das nötige Verständnis zu schaffen, bedarf sicher noch einer massiven Überzeugungsarbeit.

Ein anderer Punkt, der den Aspekt der Festanstellung sozusagen durch die Hintertür auf den Tisch brachte, ist die "Frauenpflege".
Für Frauen, die Hilfe brauchen, ist die Pflege durch Männer (insbes. im Intimbereich) grundsätzlich eine Zumutung, die oft nur mangels anderer Möglichkeiten geduldet wird. Immer häufiger fordern Frauen Pflege durch Frauen. Bisher hatten sie zu 'ihrem' Ziwi so gut wie keine Alternative. Durch die zunehmenden Schwierigkeiten Ziwis zu bekommen, scheinen nun (jedenfalls einige) Kostenträger etwas aufgeschlossener in Sachen Festanstellung. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß sich die Kostenträger natürlich am Minimum orientieren, was durch das nicht vorhandene Berufsbild eines staatlich geprüften "Behindertenpflegers" noch erleichtert wird. (Es kann aber wohl auch nicht unser Ziel sein, dieses Berufsbild zu propagieren.)

Noch ein Punkt scheint, gerade auch aus HilfenehmerInnensicht für Festanstellung zu sprechen: Die Kontinuität. Zu wissen, woran mann/frau ist. Je größer (zeitmäßig) der Bedarf an Hilfe, desto wichtiger wird es, nicht ständig neue Leute um sich zu haben, jedenfalls nicht mehr als nötig und mit eingespielten Leuten läßt es sich selbstredend besser arbeiten (und leben).

## Das Geld in die Hände der Betroffenen

Ob nun festangestellt oder auf Honorarbasis, eine elementare Forderung für HilfenehmerInnen ist die nach der Verfügungsgewalt über die finanziellen Mittel, um die Hilfe zu bezahlen. Die Verwaltung der Mittel könnte dann immer noch delegiert werden. Wichtig ist, daß HilfenehmerInnen selbst die Entscheidung treffen können. Die Kostenträger verweigern im allgemeinen den Zugriff auf das (bewilligte) Geld, indem sie es direkt an die Institution überweisen. Hierin liegt eine generelle Herabsetzung: In der Regel werden Leistungen direkt an den Berechtigten überwiesen oder ausgezahlt. Gutscheine (durch Sozialämter) z.B. dienen einer erhöhten Disziplinierung und Kontrolle. Die betreffenden Personen werden damit einem bestimmten, durch sie nicht beeinflußbaren Verfahren unterworfen, Wahlmöglichkeiten gegen Null reduziert. Schon gar nicht dienen sie dem Ansehen der jeweiligen Person. Sofern HilfenehmerInnen das Geld tatsächlich direkt erhalten, werden jedoch Regiekosten (für Organisation, Buchführung, Steuerberatung usw.) grundsätzlich nicht berücksichtigt. Eigenregie bedeutet dann gleichzeitig auch: auf eigene Kosten.

## Sind ambulante Hilfsdienste überholt?

Der Bedarf an Hilfe ist unverändert groß. Das Angebot nach wie vor völlig unzureichend, von einem bedarfsgerechten Angebot kann - wie schon gesagt - noch lange nicht die Rede sein. Haben sich ambulante Hilfsdienste in der Form, wie sie bestehen, trotzdem überlebt?
Die Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Tendenziell zeichnet sich eine Trennung von Hilfeangebot (sprich HelferInnenvermittlung) und Beratung/peer counseling ab. Das würde einige Konfliktlinien mit Sicherheit entschärfen und nebenbei zu einer größeren Überschaubarkeit zurückführen. Die Interessen ständen sich klarer gegenüber: Auf der einen Seite selbstbestimmt organisierte Hilfe - wobei sich die Frage stellt, wer die dann wie organisiert, also wie dieses Angebot strukturiert sein soll - auf der anderen Seite Autonomie und Beratung über die ZSL? Das wäre ein denkbarer Weg. Oder - selbst ist der Mann/die Frau - alles selber machen, frei nach dem american way of life? Auch gut. Nur was machen die Leute, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage oder nicht willens sind, so aktiv zu sein?

**Ursula Aurien, Berlin**

# Ein Schritt in die falsche Richtung

## Der Aufstieg privater Pflegedienste in Hamburg

**In Hamburg leben rund 80.000 Menschen, die auf die Hilfe und Pflege Anderer an-gewiesen sind und die diese in ihrer eigenen Wohnung erhalten. Der größte Teil von ihnen erhält diese Hilfe durch Angehörige oder an-dere nahestehende Men-schen. Die Anderen bekom-men sie je zur Hälfte von den staatlichen Sozialstationen und den privaten, kom-merziellen Anbietern von häuslicher Hilfe. Es gibt 41 Sozialstationen, die unter-schiedliche Träger haben (Kirchen, Wohlfahrtsverbände, u.a.). Sie finanzieren sich über die mit den Kostenträgern (Sozialamt, Krankenkassen, u.a.) ver-einbarten Stundensätze, zur Zeit ca. 39 DM, und einem staatlichen Verwaltungszuschuß von 200 000 DM pro Jahr für jede Sozialstation.**

Die Nachfrage nach ambulanter Hilfe ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, so daß die Sozialstationen zu mittelgroßen Wirtschaftsunternehmen geworden sind. Die Größten von ihnen haben mehrere Hundert MitarbeiterInnen und einige Millionen DM Umsatz. Das leitende Personal, die Verwaltung und die organisatorischen Strukturen entsprechen überhaupt nicht mehr dieser Größe und dem Umfang der zu erfüllenden Aufgaben. Die Sozialstationen sind zu chaotischen, unüberschaubaren und dazu hochverschuldeten Ungetümen ausgewuchert. Es mangelt an Kontrolleinrichtungen und einsichtbaren Regularien sowohl für das Verhältnis zwischen Sozialstationenleitung und MitarbeiterInnen als auch für das Verhältnis zwischen Sozialstation und deren Kunden.
Die Sozialstationen können die Nachfrage nach häuslicher Hilfe weder quantitativ noch qualitativ befriedigen. Immer mehr kommt es zu Unzufriedenheit und Beschwerden der hilfebenötigenden alten, kranken oder behinderten Menschen. Und diese wenden sich dann den privaten Pflegefirmen zu.

Die Pflegefirmen schießen fast wie die Pilze aus dem Boden. Mittlerweile gibt es in Hamburg über 280 solcher Firmen. Die meisten von ihnen sind kleine Unternehmen mit wenigen MitarbeiterInnen. Es gibt aber auch solche mit mehreren Hundert Beschäftigten.

Im Gegensatz zu den Sozialstationen, die überwiegend tarivvertraglich abgesicherte und voll sozialversicherte MitarbeiterInnen und nur zusätzlich noch sogenannte "geringfügig Beschäftigte" haben, arbeiten die privaten Anbieter mit wenigen Ausnahmen mit vielen ungeschützten Teilzeitbeschäftigten oder mit, wie sie es nennen, freien MitarbeiterInnen. Auf einer Anhörung des Sozialausschusses des Hamburger Landesparlaments zum Thema "Zukunft der häuslichen Hilfe" Anfang Februar dieses Jahres nannte der Vertreter eines der beiden bestehenden Landesverbände der privaten Pflegeanbieter die Zahl von 35% freien Mitarbeitern. Korrekter müßten diese aber als "Subunternehmer" bezeichnet werden. Denn die Wirklichkeit sieht ja so aus, daß ein Pflegeunternehmer als Vertragspartner mit den Kostenträgern auftritt, die Verwaltung und das bißchen Werbung macht, einen Hilfebenötigenden als Alibi für die Kostenträger selbst betreut und daneben dann eine Reihe von "freien MitarbeiterInnen" die Arbeit bei den KundInnen seiner Firma machen läßt. Diese müssen ihrem Unternehmer dafür rund 25% der mit den Kostenträgern vereinbarten Stundensätze überlassen und sind darüberhinaus nur in dem Sinne frei, daß sie keinerlei Mitbestimmungsrechte und kaum vertragliche Absicherungen haben. Sie tragen im Grunde das volle Risiko allein: Sie müssen sich selbst sozialversichern, manchmal sogar selbst für eine Extrakraft sorgen, wenn sie krank oder im Urlaub sind, und sie sind es, die als erste ihre Einnahmequellen verlieren, wenn KundInnen abspringen oder aus anderen Gründen wegfallen. Hierin liegt auch ein wichtiger Grund, warum die Zahl privater Pflegeanbieter so schnell zunimmt: Viele dieser "freien MitarbeiterInnen" haben nach einer Weile die Schnauze voll von dieser ungleichen Verteilung der Vor- und Nachteile und machen sich selbstständig. Die Nachfrage nach häuslicher Hilfen ist noch so groß, daß diese Neugründungen meist problemlos ein Plätzchen auf dem Pflegemarkt finden. Viele von diesen kleinen Pflegefirmen haben es noch nicht einmal nötig, ihre Telefonnummer in dem Branchentelefonbuch veröffentlichen zu lassen.

Der Markt splittert immer mehr auf und wird immer unüberschaubarer. Die Leidtragenden sind die hilfesuchenden alten, kranken und behinderten Menschen. Von den Sozialstationen haben sie sich abgewandt, weil sie unzufrieden mit der Art und Weise der Hilfe waren, weil sie Probleme mit den dortigen MitarbeiterInnen, vor allem mit deren häufigen Wechsel hatten oder weil sie überhaupt keine Hilfe in dem Umfang und zu den Zeiten, wie und wann sie diese benötigten, von dort bekamen. Und bei den privaten Pflegefirmen geht es ihnen nun kaum besser. Der Wechsel bei dem pflegenden und helfenden Personal ist dort ähnlich oft und unangekündigt, die Qualität der Arbeit auch nicht besser oder schlechter. Die Personaldecke der einzelnen Firma ist genauso dünn, so daß bei auftretenden Konflikten nur selten der Helfer oder die Pflegerin durch andere ersetzt werden können und meist nur der Wechsel zu einer anderen Firma bleibt. Und wie eine Umfrage der Beratungsstelle für Behinderte von "Autonom Leben" vor knapp zwei Jahren ergeben hat, weigern sich auch die privaten Pflegefirmen fast alle, die Finanzierung direkt mit den alten oder behinderten Menschen abzuwickeln. Sie ziehen es genau wie die Sozialstationen vor, über die Köpfe der Betroffenen hinweg mit den Kostenträgern zu verhandeln. So läßt's sich eben besser mauscheln oder gar betrügen. Die Kontroll- und Beschwerdemöglichkeiten sind bei den Privaten eher noch geringer. Gibt es bei den Sozialstationen zumindest eine/n namentlich bekannte/n LeiterIn oder, wenn Zivildienstleistende eingesetzt werden, extra eine/n für Konflikte zuständige/n SozialarbeiterIn, so sind bei den Privaten die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Netz von Unternehmer und dessen Subunternehmern für die

KundInnen kaum erkennbar.

Einer der beiden Landesverbände der Hamburger Pflegefirmen verspricht zwar, daß er die Geschäftsgebaren und die Qualität der Leistungen seiner Mitgliedsunternehmen kontrolliert und eine Schlichtungsstelle, an die sich die KundInnen wenden können, zur Verfügung steht, aber das sind mehr Werbeversprechen als Realität.
Die Kostenträger dulden diese für die betroffenen Hilfeabhängigen so ungünstige Situation. Eine Qualitätskontrolle durch Krankenkassen findet weder bei den Sozialstationen noch bei den privaten Anbietern statt. Oder wie es ein Mitarbeiter der Barmer Ersatzkasse formuliert hat: Ihnen sei es egal, wen die Vertragspartner zu den hilfeabhängigen Menschen schicken, ganz gleich ob Zivildienstleistende, Angelernte oder ausgebildete Pfleger, Hauptsache der vereinbarte Kostensatz wird bezahlt. Auch das ungesetzliche Subunternehmertum tolerieren die Krankenkassen. Auf der besagten Anhörung im Hamburger Rathaus redete sich der Vertreter aller Hamburger Krankenkassen, mit den Angaben zu den "freien Mitarbeitern" konfrontiert, damit heraus, daß sie davon nichts wüßten und daß sie erst vor Kurzem damit begonnen hätten, die privaten Pflegefirmen zu überprüfen.

Die Sozialbehörde hat aber nun einen skandalösen Schritt in die falsche Richtung unternommen. Ein betriebswirtschaftliches Gutachten empfiehlt, daß die Sozialstationen in Zukunft, wenn sie mit den privaten Anbietern mithalten wollen, weniger mit tarifvertraglich abgesicherten Festangestellten und dafür mehr mit jungen, flexiblen und geringfügig Beschäftigten arbeiten müssen. Und anstatt die Sozialstationen besser zu organisieren, eventuell einige zu verkleinern und ein umfassendes Sozialstationengesetz mit Kontroll- und Mitspracheregelungen für die MitarbeiterInnen und die hilfenehmenden KundInnen zu schaffen, wie es die Gewerkschaften und "Autonom Leben" oder die "Grauen Panther" fordern, werden diese Empfehlungen zügig in die Praxis umgesetzt. Das kann nur schief gehen.

Was bleibt den betroffenen alten, kranken oder behinderten Menschen angesichts dieser Situation?

Es gibt einige wenige Ausnahmen unter den privaten Anbietern. Das sind zwei, drei Pflegeinitiativen von KrankenpflegerInnen, ErzieherInnen oder AltenpflegerInnen, die für sich bessere Arbeitsbedingungen als in den stationären Einrichtungen suchten, und sich ebenso um ein besseres Verhältnis zu den Hilfenehmenden bemühen. Es gibt die Möglichkeit, die einige behinderte und alte Menschen bereits wahrnehmen, selbst als ArbeitgeberIn die benötigten Hilfspersonen anzustellen und sich das Geld dafür bei den Kostenträgern zu holen. Das bedeutet einigen organisatorischen Aufwand, aber eben auch Unabhängigkeit von Sozialstationen und Pflegefirmen. Und es gibt etwa ab Ende 1992 auch in Hamburg eine Assistenzgenossenschaft. Ein Zusammenschluß betroffener Behinderter, um die benötigte Assistenz gemeinsam unter eigener Regie zu organisieren.

**Gerlef Gleiss, Hamburg**

Zu den drei o.g. "Auswegen" gibt es nähere Informationen bei der Beratungsstelle "Autonom Leben" in der Eulenstr. 74 in Hamburg-Altona.

# Hokus-Pokus: Fokus

## Servicewohnprojekt in München - die 'billige' Alternative der Sozialpolitik

**Fokus-Modelle, als Wohnkonzept in den skandinavischen Ländern und den Niederlanden entwickelt, etabliert sich mehr und mehr auch in der Bundesrepublik als sog. "Alternative zum Heim". Anneliese Mayer hat sich das Münchener Modell etwas näher angeschaut und führte auch das nachfolgende leicht gekürzte Interview mit einem Ex-Sozialarbeiter des Projektes.**

*Die immer häufiger von Schwerbehinderten geforderte Rund-um-die-Uhr-Betreuung erfordert Sozialhilfeleistungen von monatlich bis zu 10.000 DM und manchmal mehr. Sie muß, auch durch Änderung des BSHG, durch Wohnangebote ersetzt werden, die eine Betreuung mehrerer Behinderter in engster Nachbarschaft (Fokuswohnen u.a.) ermöglicht. So werden Kosten gesenkt, ohne Wohnlichkeit und Selbstständigkeit zu mindern.*
**Bayernkurier vom 17. Nov. 1990**

**Autor: Hans Stützle, Sozialreferent in München**

Servicehäuser, Fokus-Wohnungen - seit einigen Jahren wird diese Art des gemeindenahen Wohnens für behinderte und alte Menschen auch in Deutschland favorisiert. Dabei dienten Schweden und die Niederlande als Vorbild, wo das Fokus-Modell bereits eine dreißigjährige Geschichte hat und bei näherer Betrachtung in diesen Ländern sicherlich auch schon überholt ist. Die Kommunen in der Bundesrepublik haben jedoch die finanziellen Vorzüge des Fokus-Wohnens entdeckt und sind fleißig dabei ihre Pläne zu realisieren.
Immer mehr pflegebedürftige Menschen nehmen das Angebot einer ambulanten Hilfe in Anspruch. Bei Behinderten, die eine zeitlich aufwendige Pflege brauchen, haben die örtlichen Kostenträger sich in der letzten Zeit häufiger geweigert, die Kosten zu übernehmen. Die Durchsetzung der Zahlung für eine ambulante 24-Stunden-Pflege mußte schon öfter gerichtlich eingeklagt werden, da die Sozialämter sich unter Berufung auf 3a BSHG weigern, die Pflegekosten zu übernehmen, da sie "unverhältnismäßig hohe Mehrkosten" gegenüber einem Heimaufenthalt verursachen würden. Bislang hatten die Sozialämter jedoch erhebliche Schwierigkeiten mit ihrer Argumentation Fuß zu fassen, da die Verwaltungsgerichte meinten, die zum Ver-

gleich herangezogenen Heime könnten nicht den Bedürfnissen von erwachsenen Behinderten, die nach "Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit" strebten, gerecht werden.
Diese Urteile legen jedenfalls ein beträchtliches Maß an Realitätssinn zutage. Jedoch sind die Kommunen nicht widerstandslos bereit, monatlich anfallende Kosten für eine Rund-um-die-Uhr-Pflege von derzeit etwa 10.000 DM zu übernehmen, wenn es auch anders geht. In München hat die Sozialplanung Alternativen zu einer Heimunterbringung entwikkelt. In der neu errichteten Wohnsiedlung "Hansapark" (in der Nähe des Oktoberfestgeländes) wurden von den ca. 700 Wohnungen 22 für Behinderte vorgesehen und das Modellprojekt "Unterstütztes Wohnen im Hansapark" unter der Trägerschaft des Münchner Hauspflegevereins installiert. Das sogenannte "Fokusprojekt Mollgelände" wird als zusätzliches Angebot in der ambulanten Versorgung Behinderter ausgewiesen (behördliche Terminologie: "Zentrale, ambulante Pflegestation"!).

Die Intention dieses Modells verdeutlicht am besten der Beschluß des städtischen Ausschusses für Jugend, Familie und Soziales vom Juli 1989: "In dem Neubaugebiet sind 22 Wohneinheiten für schwerbehinderte Erwachsene vorgesehen, von denen eine gewisse Anzahl Pflege "Rund-um-die-Uhr" benötigt. Diese intensivste Variante der häuslichen Pflege ermöglicht behinderten Erwachsenen eine eigenverantwortliche selbstständige Lebensführung. Die enorme Steigerung der Ausgaben für die häusliche Fremdpflege, der hohe Anteil von auswärtigen, nach München ziehenden Behinderten und die durch die ständige Anwesenheit von Pflegekräften in der Wohnung entstehenden zwischenmenschlichen Probleme machen es notwendig, über neue Formen einer 24-Stunden-Betreuung nachzudenken. ... Bei dieser Art der Pflege (Fokus-Wohnen) ist für den Pflegebedürftigen die Sicherheit entscheidend, daß ihm jederzeit ein Helfer zur Verfügung steht, wenn er ihn benötigt ... Ein Vorteil ist der Umstand, daß der Behinderte nicht mehr als notwendig durch die Gegenwart 'fremder' Personen in seiner Lebensführung beeinträchtigt ist. Weiterhin ermöglicht diese Art der Pflege einen effektiveren Einsatz des Pflegepersonals, da Wartezeiten wegfallen und dadurch mehr Pflegebedürftigten geholfen werden kann (Rund-um-die Uhr-Bereitschaft auf Abruf)." Wie gut, daß die Sozialverwaltung weiß, welche Probleme "der Behinderte" hat und wie diese zu lösen sind. Deshalb auch ein "benutzerfreundliches, weil quartierbezogenes Beratungsangebot, das erfahrungsgemäß in hohem Maße prophylaktisch wirkt. Es wird erfahrungsgemäß zudem die Initiierung von Nachbarschaftshilfen begünstigen, die ihrerseits in der Regel soziale Infrastrukturmängel relativ unaufwendig - weil ehrenamtlich - kompensieren."

Und hier noch das damals aufgestellte Rechenexempel: "Bei einem Behinderten mit einem individuellem Rund-um-die-Uhr-Pflegebedarf entstehen dem Sozialhilfeträger derzeit monatliche Pflegekosten von 7.440,- DM (DM 10,-/Std. x 24 x 31 Tage). Bei 10 Behinderten sind dies jährlich 892.800,- DM. Dazu kommen rechnerisch 12 Fälle mit täglich 2 Std. Pflegebedarf, das sind pro Jahr auf der Basis von 10,- DM/Std. 89.280,- DM.
Bei einem individuellen Einsatz von Pflegekräften im beschriebenen Umfang entstehen rechnerische Gesamtkosten von 892.800,- DM + 89.280,- DM = 982.080,- DM p.a. Demgegenüber erechnen sich die Gesamtkosten der zentralen Betreuung (durch das Fokusprojekt Hollgelände) auf 564.400,- DM p.a. Bei einer 100 %igen Auslastung des Pflegezentrums bedeutet dies eine jährliche Einsparung von 417.480,- DM oder ca. 42 % gegenüber der Einzelbetreuung.

Auf dem Papier lassen sich leicht Berechnungen anstellen. In der Verwirklichung von Konzepten gibt es oft unvorhersehbare menschliche Komponenten und Schwierigkeiten. Die verwaltungstechnischen Ziele scheinen gerade bei diesem Fokusmodell sehr hoch gesteckt zu sein. Jedenfalls haben seit dem Beginn des Modellprojekts bereits drei Sozialarbeiter des Hauspflegevereins das Handtuch geschmissen. Die Interessen und Anliegen verschiedener Gruppen unter einen Hut zu packen, ist nicht einfach und gerade Sozialarbeiter können oft mit anstehenden Konflikten nicht umgehen. Das nachfolgende Interview führte ich mit dem eben scheidenden Sozialarbeiter (Name der Redaktion bekannt).



# INTERVIEW

## Behörden neigen dazu, billige und einfache Lösungen zu favorisieren

***die randschau:*** Also, der Ambulante Dienst hat vor einem halben Jahr angefangen. Zwölf Bewohner sind inzwischen eingezogen. Zehn werden im nächsten Jahr kommen. Und wie schaut das aus für die Bewohner die momentan da sind?

**Sozialarbeiter:** Von den zwölf Wohnungen, die wir betreuen und die alle miteinander mit einer Rufanlage verbunden sind, werden...

***die randschau:*** ...auch untereinander?...

**Sozialarbeiter:** Auch untereinander. Ja, wobei das nicht heißt, daß jeder mit jedem kommunizieren kann, sondern dort wo die Pflegekräfte die Zentrale hinschalten. In einer Wohnung ist immer die Zentrale und da kommen alle Rufe zusammen. Also da kann dann immer jemand erreicht werden und auf jede andere Wohnung geschaltet werden. Von den zwölf Wohnungen werden von uns sieben regelmäßig betreut und fünf in Ausnahmefällen und in Notfällen. Von den sieben Wohnungen, in denen Bewohner von zwölf bis zweiundsechzig wohnen, Zwölf Jahre, das ist ein Mädchen mit ihrer Mutter und ihrer Schwester zusammen, ist der Betreuungsaufwand auch unterschiedlich: von zwei Stunden bis maximal achtzehn Stunden am Tag.

***die randschau:*** Und Leute die vierundzwanzig Stunden täglich brauchen, die habt ihr noch nicht?

**Sozialarbeiter:** Die haben wir noch nicht. Die sind vorgesehen für die 2. Phase. In der sollen dann Schwerstpflegefälle und Schwerstbehinderte einziehen können und dann werden entweder ein oder sogar zwei Mitarbeiter auch in der Nacht da sein, rund um die Uhr.

***die randschau:*** Und wie schaut bisher der Mitarbeiterstamm aus?

**Sozialarbeiter:** Der Trägerverein legt großen Wert auf ausgebildetes Fachpersonal, wobei wir also auch hier eben unter dem Personalmangel leiden und auch drauf angewiesen sind, angelernte Kräfte einzustellen bzw. Kräfte selbst quasi anzulernen und auch zu schulen. Aber wir haben auch Krankenschwestern, wir haben Altenpfleger, Altenpflegehelfer und Mitarbeiter mit viel Berufserfahrung. Wir haben jetzt 10 Mitarbeiter.

***die randschau:*** Und wie schaut das aus mit den Stundensätzen, Ihr bezahlt 15,- DM als Stundensatz oder habt Ihr einen anderen Tarif?

**Sozialarbeiter:** Da existiert eine andere Regelung, denn mit dieser Betreuungsstunde wird auch der angegliederte Stützpunkt mit bezahlt. Also in diesem Betrag, der vom Sozialamt speziell für dieses Projekt und diesen Dienst bezahlt wird, wird auch zum Beispiel der dort arbeitende Sozialpädagoge, der natürlich keine Betreuung direkt macht, mitbezahlt und die Räumlichkeiten auch.

***die randschau:*** Und die Bewohner haben mit dem Ambulanten Dienst einen Vertrag abgeschlossen?

**Sozialarbeiter:** Ja. Die Bewohner haben einen ganz normalen Wohnungsvertrag Und was die Pflege angeht, einen eigenen Pflegevertrag mit dem Verein.

***die randschau:*** Und wenn jemand zusätzlich noch Pflegebedarf hat, kann er dann freie Helfer engagieren?

**Sozialarbeiter:** In den Vorgesprächen war immer davon ausgegangen worden, daß der Grundbedarf vom Trägerverein abgedeckt wird, der das Projekt betreut und von Anfang an bei der Planung und Ausgestaltung mit dabei war. Was jetzt ganz individuelle Hilfestellungen, z.B. bei den Freizeitaktivitäten, angeht, wurde gesagt, daß der einzelne Behinderte etwa im Umfang von 480,- DM im Monat selbstständig Personal einstellen kann. Aber diese Regelung ist noch nicht endgültig festgelegt, daß soll in den nächsten Monaten passieren.

***die randschau:*** Und wie siehst Du das Projekt politisch?

**Sozialarbeiter:** Sozialpolitisch gesehen finde ich das Projekt an sich sinnvoll, denn es gibt manche Behinderte, die das wollen und für die das ein gutes, vielleicht sogar optimales Angebot ist. Die Frage, in wie weit andere Behinderte, die das selbstständige Leben für sich gut bewältigen können, die kein Projekt und keinen Dienst wollen, in wie weit die in solche Projekte mal hineingedrängt werden, das ist für mich eine politische Frage. Behörden neigen nach meiner Erfahrung dazu, einfache und billige Lösungen zu favorisieren.

***die randschau:*** Bisher haben sich die Leute, die dort wohnen, selbst gemeldet?

**Sozialarbeiter:** So ist es. Es ist nicht sehr viel Werbung gemacht worden. Es war auch kein sehr großer Zulauf, aber diejenigen, die jetzt drin wohnen, waren sehr glücklich, daß sie diese Möglichkeit bekommen haben.

***die randschau:*** Weil sie ja vorher in anderen Einrichtungen und nicht in dieser selbständigen Weise leben konnten.

**Sozialarbeiter:** Im Idealfall kann so ein Projekt durchaus auch eine Durchlaufstation sein, von einer völlig betreuten Situation im Heim, zu so einer halboffenen ambulanten Situation, bis hin zum wirklich ganz selbstständigen Wohnen. Wer das will, müßte sich wahrscheinlich noch mal eine behindertengerechte Wohnung suchen. Aber dann, denke ich, könnte er genauso Gelder in Anspruch nehmen wie jeder andere.

***die randschau:*** Argumentiert dann das Sozialamt nicht, es wird zu teuer, wenn du selber deine Pfleger anstellst?

**Sozialarbeiter:** Nun, dafür kann dann jemand anderes wieder in der Wohnung wohnen. Wir hatten den Fall noch nicht, daß jemand wieder ausziehen wollte und dadurch ein höherer Bedarf angefallen ist. Andererseits, wenn Interessenten für das Projekt da sind, finde ich, sollten die in dem Projekt wohnen können. Wenn jemand stirbt oder auszieht, diese Freiheit hat er. Oder, wenn jemand sagt, hier ist zu wenig Betreuung für mich, ich möchte wieder im Heim leben, dann ist das auch seine freie Entscheidung.

***die randschau:*** Die Bewohner engagieren sich bislang noch nicht selbstständig?

**Sozialarbeiter:** Wir haben jetzt angefangen, für die Angebote am Stützpunkt, die gemeinsamen Aktivitäten und Veranstaltungen, von den Bewohnern einen Sprecherkreis zu bilden, der bei der thematischen und organisatorischen Auswahl und Durchführung beteiligt ist. Ich kann mir diese Beteiligung noch viel weitgehender vorstellen, auch in den

Betreuungsbereich hinein, bei Personalentscheidungen zum Beispiel.

***die randschau:*** Bislang werden sie bei Einstellungen von Helfern nicht gefragt?

**Sozialarbeiter:** Wir haben die Verabredung, daß eigene Helfer, die vorher schon da waren, übernommen werden. Uns Helfer sind von den Bewohnern empfohlen und vermittelt worden. Die Helfer sind bei uns fest angestellt. Wir haben auch viele Teilzeitkräfte, die fest angestellt sind, aber nebenher z.B. noch studieren oder zur Schule gehen und dann mit Wochenend- und Spätdiensten auf fünfzehn Stunden in der Woche kommen. Wir kommen den Pflegekräften bei der individuellen Zeiteinteilung sehr entgegen.

***die randschau:*** Wie ist das baulich? Haben die Leute, die behindert sind, die Möglichkeit, mit nichtbehinderten Leuten zusammenzukommen? Und wie ist der Kontakt untereinander?

**Sozialarbeiter:** Die zwölf Wohnungen verteilen sich auf vier Häuser und zwar auf diejenigen, die einen Aufzug haben. Da ist natürlich die Möglichkeit zu den anderen hinzukommen. In den anderen Häusern wurde nicht darauf geachtet, daß Behinderte dort barrierefrei reinkommen können, so daß da eine gewisse Einbahnsituation entstanden ist. Untereinander haben die Behinderten relativ viel Kontakt, gerade jetzt in der Anfangssituation ist jeder mit ähnlichen Problemen konfrontiert, man hilft sich gegenseitig.

***die randschau:*** Kannst du was zu deinen Schwierigkeiten sagen?

**Sozialarbeiter:** Für mich war zu Anfang wichtig, das eine gute Teamsituation entsteht, daß alle das Gefühl haben, das ist unser Projekt und so wie wir jetzt daran arbeiten, das wirkt sich auf das Wohlergehen aller aus und auf die zukünftige Gestaltung des Projekts. Für mich war sehr wichtig, daß zunächst mal eine offene, vertrauensvolle Atmosphäre entsteht. Von dem Trägerverein bin ich in dieser Auffassung nicht besonders unterstützt worden. Hier war mehr die Vorstellung, daß eine eher hierarchische und verwaltungstechnisch ausgerichtete Organisationsform etabliert werden sollte, wichtiger. Die Trennung hat im gegenseitigen Einvernehmen stattgefunden, weil zu unterschiedliche Vorstellungen vorhanden waren.

***die randschau:*** Das heißt organisatorisch ist der Schwerpunkt darauf gerichtet, diesen Dienst perfekt zu organisieren?

**Sozialarbeiter:** So ist es, genau. Sicherlich die medizinische, betreuerische Hilfestellung die ist gewährleistet, aber diese weitergehenden Vorstellungen, was Selbstorganisation, was Mitbestimmung angeht, das läßt noch auf sich warten. Wir haben um jeden Freiraum, zeitlich, finanziell, der über die reine Pflege hinausgeht, stark kämpfen müssen.
Die Dinge, die ich angefangen habe, haben sich weitgehend wieder totgelaufen: Z.B. eine Angehörigen-Gesprächsgruppe, oder ein offener Treff einmal in der Woche zur allgemeinen Begegnung oder thematische Angebote. Unter anderem auch, weil auch kein Nachfolger da ist.

***die randschau:*** Wie werden die Helfer betreut? Haben die Supervision? Wer leitet sie an? Wer führt sie ein?

**Sozialarbeiter:** Wir haben für die Helfer einmal in der Woche ein Teamgespräch, in dem alle Fragen besprochen werden und auf den Tisch kommen. Für die psychosoziale Seite war ich zuständig, was die Behinderten angeht, als auch die Angehörigen, als auch die Helfer.

***die randschau:*** Die Kontakte zu den Nichtbehinderten...

**Sozialarbeiter:** Da hat noch sehr wenig stattgefunden. Wir haben unseren Stützpunkt ja mitten in der Wohnanlage und von daher gut die Möglichkeit z.B. für Veranstaltungen Werbung zu machen. Bisher haben sich nur solche Bewohner angesprochen gefühlt, die auch in irgendeiner Form mit Behinderung zu tun haben. Es wohnen auch relativ viele andere Bewohner dort, die entweder schon älter sind oder eben einen behinderten Angehörigen haben und die in einer ähnlichen Situation sind, wie die Behinderten, die wir betreuen.

***die randschau:*** Jetzt noch einmal zurück zum Organisatorischen. Wie läuft denn das ab mit der Pflegeorganisation?

**Sozialarbeiter**: Jeder Behinderte hat einen Helfer zu ganz bestimmten festen Zeiten, wann er ihn auch zu ganz bestimmten Tätigkeiten braucht und darüber hinaus existiert immer auch ein Bereitschaftsdienst, der je nach Bedarf abgerufen werden kann. Natürlich ist es so, daß wir jetzt von den sieben betreuten Behinderten nicht allen sieben immer zur gleichen Zeit jemand zur Verfügung stellen können. Also wenn alle sieben sagen, ich will von acht bis neun Uhr jemanden haben, da bräuchte ich ja sieben Mitarbeiter und von neun bis zehn wird niemand gebraucht, was machen diese sieben Mitarbeiter dann in dieser Stunde? Sondern wir haben uns natürlich so geeinigt, daß also die Grundpflege in der Früh, sagen wir für drei Behinderte von einem Mitarbeiter gemacht wird. Nämlich der kommt dann halt von 8.oo bis 9.oo, von 9.oo bis 10.oo und von 10.oo bis 11.oo. Und dann kann er hinterher bei drei Behinderten arbeiten und er ist dann auch genügend ausgelastet. Dieses Entgegenkommen muß man natürlich als Bewohner erbringen, daß man also nicht auf ganz bestimmten Zeiten besteht, sondern sich auch an dem sonstigen Arbeitsanfall orientiert. Aber für Notsituationen und auch für Sondersituationen, daß man mal sagt, ich brauche heute jemanden früher, weil ich außer Haus muß, darauf stellen wir uns ein, da ist dann auch immer jemand da.

***die randschau:*** Wie schaut das aus, wenn Leute dann sagen, ich möchte ins Kino gehen, von 22.00-1.00 Uhr?

**Sozialarbeiter:** Ja, das ist die schwierigste Situation, die zu organisieren ist. Freizeitaktivitäten abends, die sind nicht unbedingt 'ne Woche im Voraus planbar und ich seh' auch hier das berechtigte Bedürfnis, dann nicht irgendeinen beliebigen Begleiter zu haben, sondern jemanden, mit dem ich auch ein gutes persönliches Verhältnis habe. Und hier sehe ich ganz dringend die Notwendigkeit, daß das von den Behinderten selbst organisiert und abgerechnet werden kann.

***die randschau:*** Wie schaut es aus mit geschlechtspezifischer Pflege?

**Sozialarbeiter:** Ja, auch hier gilt, daß es sehr schwer ist, auf diese individuellen Wünsche immer einzugehen; ich hab' mich sehr bemüht darauf einzugehen und für mich ist es auch verständlich und nachvollziehbar, wenn z.B. eine erwachsene Frau nur weibliche Helfer bei der Grundpflege zumindest möchte. Das hat aber in unserem Projekt keinen allzu großen Raum eingenommen; wichtig war die Beteiligung, das Gefühl, daß ich gehört werde, daß meine Bedürfnisse wahrgenommen werden und dann auch ein Gefühl für die Möglichkeiten, die die Gesamtsituation ergeben hat; wenn z.B. ich zusage, daß ich, soweit ich kann, weibliche Helfer schicke und einmal geht's halt nicht, dann wurde das in dem Fall auch akzeptiert, weil gesehen wurde, daß ich mich insgesamt bemühe. Diese Identifikation mit diesem Gesamtprojekt und dieses Ziehen an einem Strang war mir sehr wichtig und hat in dem Projekt gut geklappt.




# Risse im ABiD

## Annäherung und Fragen zum gegenwärtigen Zustand des ostdeutschen Behindertenverbandes

**Die Frage ist eine entscheidene: Kann es Aufgabe der *'randschau'*-Redaktion sein, die Personal- und Verbandspolitik des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland (ABiD) e.V. kritisch aufzuarbeiten? Eigentlich nicht. In einer längeren Redaktionsdiskussion haben wir uns jedoch im wesentlichen aus zwei Gründen dazu entschlossen, noch einmal auf die Ereignisse um die Person Ilja Seiferts und die Kündigung der leitenden Redakteurin Andrea Schatz in dieser Ausgabe einzugehen: Zum einen fühlen wir uns verpflichtet, der Redaktion einer Behindertenzeitschrift beizuspringen, wenn diese durch ihren Herausgeber sanktioniert wird, wie dies bei der 'STÜTZE' der Fall scheint - dabei sind wir nicht objektiv. Zum anderen wollen wir den KritikerInnen innerhalb des ABiD ein Forum bieten, in dem sie ihre Positionen darlegen können. Insbesondere deshalb, weil dies in im ABiD kaum mehr möglich erscheint.**
**Deshalb veröffentlichen wir im folgenden einen Artikel von Andrea Schatz zu ihrer Kündigung und dem sechsseitigen Kündigungsschreiben des ABiD-Vorstandes. Ebenso dokumentieren wir die "Stellungnahme zur Situation im ABiD" von Martin Marquard, der als "Wessi" im Vorstand des Berliner Behindertenverbandes sitzt. Gleichfalls erscheint eine Austrittserklärung aus dem ABiD von Ottmar Miles-Paul aus Kassel. Und schlußendlich dokumentieren wir eine Presseerklärung von Waltraut Jähnichen, die dem ehemaligen Redaktionsbeirat der 'STÜTZE' angehörte.**
**Zuvorderst jedoch ein Beitrag von Jörg Fretter.**

Natürlich ist klar, daß es Folgen zeitigt, wenn der Präsident eines Behindertenverbandes, eines ostdeutschen zumal, nach einer Untersuchung der Gauck-Behörde, die in den letzten Monaten so manchen Politiker zu Fall brachte, ob seiner Tätigkeit bei der ehemaligen DDR-Staatssicherheit in der Öffentlichkeit erklärt, auch er sei dabei gewesen. Egal ob er nun gleichfalls Mitglied des Deutschen Bundestages ist oder nicht, eine verbandsinterne und öffentliche Diskussion wird zwangsläufig dieser 'Offenbarung' folgen.
Das ist an sich in Ordnung und wäre, wie im Editorial der letzten ***'randschau'*** beschrieben, eigentlich nur eine kleine Nachricht wert. Selbst wenn es sich bei der beschriebenen Person um Ilja Seifert, Präsident des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland - ABiD e.V. handelt.

Es ist dann eigentlich Sache der MitgliederInnen der jeweiligen Organisation, ihren Präsidenten zur Rede zu stellen, zu prüfen, ob sie heute in gleicher Weise zu ihm stehen wie zu dem Zeitpunkt, als sie ihn - ohne dieses Wissen - zum Präsidenten kürten.
In diesem Punkt haben die Kritiker des Einlegeblattes der letzten Ausgabe grundsätzlich recht, wenn sie schreiben *"daß es wohl in erster Linie die Mitglieder* ...(der)... *Basis sind, die über die Legitimität* ...(des)... *Verbleibs oder* ...(des)... *Rücktritts zu befinden haben..."* (F. Mer-

kel in seinem Leserbrief).
Dies sehen wir auch so. Doch kann dies wohl nur für eine aufgeklärte und informierte MitgliederInnenschaft gelten. Dies aber, und hier setzt meine Kritik an, war beim Allgemeinen Behindertenverband augenscheinlich nicht der Fall. Während viele ABiD-MitgliederInnen die Kurznachricht, ihr Präsident Ilja Seifert sei Informeller Mitarbeiter der ehemaligen Staatssicherheit gewesen, der aktuellen Presse entnehmen konnten, fanden sie in ihrer Mitgliederzeitschrift 'DIE STÜTZE' dazu keine Zeile. Im Gegenteil: Auf dem Titelbild der den 'Enthüllungen' folgenden Ausgabe sah mensch Ilja Seifert freundlich lächelnd die Hand des Bundespräsidenten schütteln.

Bereits am 15. Februar überreichte Dr. Ilja Seifert, als Mitglied des Deutschen Bundestages, der Bonner Presse eine Erklärung zu seiner Tätigkeit als Informeller Mitarbeiter der ehemaligen DDR-Staatssicherheit. Mit Datum vom 16.02. 92 bittet er die 'STÜTZE'-Redaktion, diese Erklärung auch in der MitgliederInnenzeitschrift des ABiD zu veröffentlichen und sie "...so rasch wie möglich zu verbreiten." (Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe der ***'randschau'*** am 15.4.92 ist dies noch nicht geschehen.) Zudem teilt Ilja Seifert mit, daß er den ABiD-Vorstand bereits am 7.12.1991 über seine "...Kontakte zum MfS informiert..." habe. Am 19.02.1992 legt der Vorsitzende des Berliner Behindertenverbandes (BBV) Hans-Reiner Bönning eine Gegenerklärung vor, die sich inhaltlich auf die von Ilja Seifert gemachten Einlassungen bezieht.

Bis zu diesem Zeitpunkt decken sich die verschiedenen Darstellungen der Ereignisse. Am 22. Februar trifft sich der erweiterte Vorstand des ABiD und legt nach erhitzter Diskussion fest: Die beiden vorliegenden Erklärungen werden erst einmal nicht in der 'STÜTZE' veröffentlicht.
Als Strategie wird stattdessen festgelegt, beide Erklärungen an die Landes- und Kreisgeschäftsstellen des ABiD weiterzugeben und diesen so die Möglichkeit zu geben, sich ebenfalls zur Stasi-Mitarbeit des Präsidenten zu äußern. Da Hans-Reiner Bönning auf die Veröffentlichung beider Erklärungen besteht, zieht Ilja Seifert kurzerhand seine Erklärung zurück und macht die des BBV damit für eine Veröffentlichung sinnlos.

Fragen bleiben: Warum hat der Vorstand diesen Weg beschritten? Warum hat er nicht auch 'DIE STÜTZE' genutzt, um die Seifertsche Erklärung unter die MitgliederInnen zu bringen? Warum durfte die Erklärung des BBV nicht erst einmal veröffentlicht werden? Warum wählte der Vorstand für die Verbreitung ausschließlich den Weg über die Landes- und Kreisverbände?




**Karikatur aus der "Grünen Broschüre"**

Die Mehrheit des ABiD-Vorstandes verbaute mit dieser Entscheidung den Weg der offenen Auseinandersetzung. Den VorstandsmitgliederInnen ist nicht klar, daß sie bereits viel zu lange gezögert haben. Statt den Diskurs endlich zu beginnen, soll die "Organisationsmeinung" her. Statt die MitgliederInnen und FreundInnen des Verbandes umgehend zu informieren, wird Sruktur- und Vebandsdisziplin verordnet.

## Auf dem Weg zur Kündigung

Andrea Schatz, bis dato verantwortliche Redakteurin der 'STÜTZE', mochte diese Entscheidung nicht hinnehmen und ihren LeserInnen die zur Verfügung stehenden Informationen nicht vorenthalten. Sie beschließt beide Erklärungen in der 'STÜTZE'-Nr. 5/6 zu veröffentlichen. Für den Vorstand, dessen *"Entscheidung(en)...bisher ausschließlich die verlegerische und damit auch oftmals mit Finanzen verbundene Seite"* (F. Merkel) betrafen, greift Michael Rüther (stellvertretender Vorsitzender des ABiD) beherzt ein, um - wie er sagt - 'Schaden vom Verband fernzuhalten bzw. zu begrenzen': Er stoppt am 6. März den Druck der 'STÜTZE'. Als ganz normalen Vorgang sieht dies Frank Merkel, denn es geschah *"auf der Grundlage eines Beschlusses eines gewählten Vorstandes."*
Welchen Schaden wollte Michael Rüther abwenden? Das abweichende Verhalten einer Redakteurin von der vom Vorstand beschlossenen Verbandslinie?

Als Folge Nummer eins wird Andrea Schatz vom Dienst "beurlaubt", allein eine nettere Umschreibung für "suspendiert". Und statt sich mit dieser Situation abzufinden, beschließt sie sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Mit sechs weiteren Menschen, denen andere Wege der Öffentlichkeit nicht mehr zur Verfügung stehen - 'DIE STÜTZE' fällt 'dank' der Vorstandsfestlegung als Medienträger aus -, gibt sie, die als "grüne Veröffentlichung" bezeichnte Mappe heraus, um genau das zu tun, was in der MitgliederInnenzeitschrift des ABiD nicht möglich ist: Nämlich MitgliederInnen und

FreundInnen des Verbandes über die Geschehnisse zu informieren.
Diese Mappe ist es dann auch u.a., die ihr das sechsseitige Kündigungsschreiben des Vorstandes einträgt: Als Folge Nummer zwei wird Andrea Schatz, mit zweiwöchiger Kündigungsfrist vollständig abgesägt. Selbst von "verbandsschädigendem Verhalten" und gar von "Verbandsausschluß" wird gemunkelt und die Schuld für das Debakel des ABiD bei Andrea Schatz gesucht. Das stellt indes das Prinzip von Ursache und Wirkung vollständig auf den Kopf.

Ein weiterer Vorwurf, den Andrea im nachhinein kassiert, ist die sog. Einseitigkeit in der Berichterstattung des Verbandsorgans: *"Im übrigen favorisiert A. Schatz in der STÜTZE sehr einseitig ... einen kleinen Ausschnitt* (er meint damit die Independent-Living-Bewegung; Anm. d. Red.) *aus dem breiten Spektrum der im ABiD gewollten und vorhandenen Meinungen"* (Ilja Seifert in seinem Schreiben v. 24.03.92). Dieser Hinweis, den ich als regelmäßiger Leser und Abonnent der 'STÜTZE' kaum nachvollziehen kann, steht in offensichtlichem Widerspruch zur Meinung des Vizepäsidenten Frank Merkel, der in seinem Leserbrief den bisherigen Stil der Verbandszeitschrift mit den folgenden Worten lobt: *"... die 'STÜTZE' und mit ihr ihre Redaktion* ...(hatte)... *bisher und so soll es nach dem Willen des Vorstandes auch bleiben, eine sehr breite, oftmals auch sehr widersprüchliche inhaltliche Gestaltung".* (Dieser mochte in seinem Brief im übrigen nicht auf die Gründe für die Kündigung eingehen.)

Wie frei darf eine Redaktion, mit dem ABiD als Herausgeber, arbeiten? Dies scheint, neben der verschiedenartigen Bewertung der Person Ilja Seiferts und seiner Tätigkeit als IM, der Dreh- und Angelpunkt für die Kündigung der 'STÜTZE'-Redakteurin zu sein. Dabei gilt zu bedenken, daß für 'DIE STÜTZE' bisher kein Konzept besteht und somit offensichtlich das Abhängigkeitsverhältnis zum ABiD nicht geregelt ist.
Differenzen und mögliche Verfehlungen einer Redakteurin, mit dem administrativen Instrumentarium der Kündigung zu lösen, halte ich mindestens für fragwürdig, in diesem Fall aber für grundsätzlich falsch.

Offenheit und Diskussionsbereitschaft sind Vokabeln die gerne und häufig benutzt werden, sich aber erst beweisen müssen. Davon war in der letzten 'STÜTZE'-Nummer kaum etwas zu finden. Ohne den LeserInnen zu erklären, weshalb Andrea Schatz sich nicht mehr als leitende Redakteurin im Impressum findet, ohne einen Satz zur Unruhe im Verband, zu den Vorwürfen an die Adresse Iljas zu verlieren, legt Michael Rüther eine Art "Glaubensbekenntnis" zum ABiD-Präsidenten ab: "Ich persönlich vertraue den Worten Ilja Seiferts genauso, wie ich den Worten von Manfred Stolpe, Karin Krabbe und anderen vertraue."
Dann fordert er die LeserInnen auf, sich bis zum 21. März (dem Datum der nächsten Vorstandssitzung) mit ihren (möglichst schriftlichen) Stellungnahmen zur Stasi-Diskussion an ihre Kreis- und Landesverbände zu wenden. Einmal abgesehen von der schier unmöglichen Realisierung dieser Forderung ('DIE STÜTZE' erreichte mich als Abo-Exemplar am 18.03.92, ich hätte also knappe drei Tage Zeit gehabt meine Stellungnahme mit anderen zu diskutieren, zu entwerfen und zu schicken), empfand ich es geradezu als unverschämt zu einer Diskussion aufzurufen, wenn die grundlegenden Informationen den LeserInnen nicht zur Verfügung stehen.

Wir haben in der Ausgabe Nr. 2/1991 gefragt, "Wohin geht der ABiD?" Die Antwort steht ein knappes Jahr später noch immer aus. Stattdessen offenbart die Realität immer tiefere Sprünge. Hochgelobte, uns vertraut klingende Begriffe wie "Offenheit" und "Basisdemokratie" erhalten in der ABiD-Praxis tiefe Risse. Ich bin nicht daran interessiert diese zuzukleistern oder zu verbergen!

**Jörg Fretter**

# Wenn Würde zur Willkür wird

**Wir haben Andrea Schatz gebeten zu ihrer, vom ABiD-Vorstand ausgesprochenen, Kündigung selbst Stellung zu beziehen. Dies hat sie getan und wir veröffentlichen nachfolgend ihre Stellungnahme im Wortlaut.**

Aus der Drohung ist Realität geworden: Der ABiD-Vorstand beschloß am 21. März 1992, die AB-Maßnahme für mich als verantwortliche Redakteurin der STÜTZE aufzuheben. Vor mir liegt das sechsseitige (!) Kündigungsschreiben, dessen Vokabular allein verräterisch an alte Zeiten erinnert - unterschrieben von Dr. Ilja Seifert.
Daß er, der Kontaktperson der Stasi war, **mich**, die darüber einen ehrlichen



Andrea Schatz, ehemalige Redakteurin der ABiD-Zeitschrift 'DIE STÜTZE'

Dialog mit mündigen Lesern anregen wollte, vor die Tür setzt, halte ich, dezent formuliert, für pikant.

Daß **mir**, die eine differenzierte Auseinandersetzung zu diesem Thema forderte, weil es dazu keine *"allgemeine Meinung in der Organisation"* geben kann, **verbandsschädigendes Verhalten** vorgeworfen und mit **Verbandsausschluß** gedroht wird, während Dr. Ilja Seifert, der durch sein Schweigen dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit des ABiD sehr geschadet hat, als Opfer dargestellt wird, finde ich absurd.

Daß Ilja in einem 380-zeiligen Brief an die Mitglieder des Berliner Behindertenverbandes um Verständnis buhlt, *"mit den Grüßen eines, der dazu gehören möchte"*, gleichzeitig aber Lügen, Halbwahrheiten, Verdrehungen und kleinliches Suchen nach meinen 'Verfehlungen' benutzt, um den Akt meiner Kündigung zu rechtfertigen, ist in meinen Augen einfach schäbig.

Daß der ABiD-Vorstand, der zwei Jahre das Engagement der STÜTZE-Macher schamlos ausgebeutet hat (Bis 1. November 1991 hat die Redaktion jeweils nur aus **einer** Person bestanden, die auf Honorarbasis arbeiten mußte, denn ABM-Stellen wurden als 'unsozial' bewertet; es gab keine Räume, keine Technik, keine Aufwandsentschädigung), mir just in dem Moment kündigt, in dem sie glauben, es sich leisten zu können (Alle fünf ABM-Verträge sind unterschrieben, DIE STÜTZE hat Räume, Möbel, Geld für Computer und andere Technik) finde ich moralisch verwerflich.

Daß sich der ABiD-Vorstand arbeitsrechtlicher Machtmittel bedient, um Andersdenkende mundtot zu machen, erinnert mich an Zeiten, die wir doch hinter uns lassen wollten.

Daß ein **Behinderten**verband einer **Behinderten** kündigt, nicht etwa weil sie faul oder fachlich ungeeignet wäre, sondern unbequem ist, finde ich skandalös.

So, das mußte raus, denn die **im Kündigungsschreiben zitierten Gründe sind** weniger arbeitsrechtlicher als **politischer** Natur. Nun habe ich es schwarz auf weiß: *"... kritische Auseinandersetzungen sind ... als Abmahnungen zu werten"*.

Na also, warum nicht gleich so! Aber da werden erst vollmundige Reden über Pressefreiheit und Chefredakteursprinzip geführt, bis man merkt, das eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Auffassungen Zeit braucht, und sie sehr anstrengend sein kann, weil dabei Mut, Ehrlichkeit und Geduld gefragt sind.

Da ist es natürlich einfacher und bequemer, sich auf **Kündigungsgrund Nummer eins**, die *"allgemeine Linie des Herausgebers"* zu berufen, der *"DIE STÜTZE nicht bereit war zu folgen"*. Ich frage mich ganz besorgt: Wo ist sie nur, die allgemeine Linie? Sollte damit ein Programm gemeint sein, das es nach zwei Jahren immer noch nicht gibt? Oder die **einheitlich abgestimmte Auffassung der Vorstandsmitglieder**? DIE STÜTZE sollte *"... die Meinung ihres Herausgebers wiedergeben..., aber auch... anderen Meinungen in angemessenem Umfang Raum einräumen. Hier entspricht die Haltung des Vorstandes des ABiD genau der geltenden Pressegesetzgebung. Trotzdem ist in den einzelnen Heften der STÜTZE eine deutliche Abweichung von dieser Grundlinie festzustellen"*. Punkt. Näher erklärt man sich nicht. Sonst wäre man womöglich in Beweisnot geraten. Auch hätte man definieren müssen, wann ich abwich von der Grundlinie. Als ich begann, zu einer Meinung eine Gegenmeinung zu veröffentlichen? Als ich bewußt Pro- und Kontrameinungen einsetzte, um den Horizont zu weiten und die Sicht zu schärfen?

Daß dies so schädlich sein könne, daß nunmehr *"das Vertrauensverhältnis als unerträglich gestört"* bezeichnet wird und *"dem ABiD die Fortsetzung irgendeiner Zusammenarbeit mit Ihnen* (mir) *nicht mehr zugemutet werden kann""* wird mir als Nachhilfeunterricht in Sachen Selbstbestimmung und Würde a la ABiD-Vorstand unvergeßlich sein.

**Den zweiten Kündigungsgrund** soll meine am 3. März 92 vorgelegte "Inhaltliche Konzeption der Zeitschrift DIE STÜTZE" hergeben. Da der entscheidende Satz stets und ständig falsch zitiert wird, hier im Original: *"DIE STÜTZE hat den ABiD als Herausgeber gewollt, und sie wird ihn weiter stützen, solange er für das kämpft, für was er angetreten ist und Selbstbestimmung und Würde keine Alibibezeichnungen werden"*. Nur hinterhältige Menschen können den Satz so auslegen, wie er nicht gemeint war, daß ich DIE STÜTZE *"völlig vom Herausgeber unabhängig ...gestalten und den ABiD nur solange als Herausgeber anerkennen wollte, wie er seine Tätigkeit als Organisation entsprechend Ihren* (meinen) *Vorstellungen durchführen würde"* Diese böswillige Unterstellung verletzt mich sehr. Ebenso die Bemerkung vom *"selbsternannten Beirat"*, der als Dank für sein Engagement oft nur Beschimpfungen erntete und nur deshalb *"offiziell gar nicht existent"* ist, weil er nicht vom Vorstand berufen werden, sondern die Verantwortliche Redakteurin nur beraten wollte.

Meine *"Grundhaltung wurde dann deutlich, als es um die Berichterstattung über die Vorstandssitzung am 22. Februar 1992 ging"* - **Kündigungsgrund Nummer drei**. Ja tatsächlich, spätestens da entpuppte ich mich: War ich doch so naiv, zu glauben, eine basisdemokratische Organisation böte eine Grundlage für einen offenen, auch konträren Disput. Vertraute ich doch ernsthaft dem Urteilsvermögen meiner Leser, aus einem Spektrum von Meinungen eigene An-Sichten zu entwickeln.

Aber dieses 'Risiko' wollte mann denn doch nicht eingehen. Weil zwei Verbandsmitglieder eine andere Meinung zu Dr. Ilja Seiferts Erklärung hatten, wurden ihre Beiträge als *"einseitige Stellungnahmen"* bezeichnet, die *"nicht der allgemeinen Meinung in der Organisation entsprachen"* und demzufolge nicht veröffentlicht werden sollten - oder, wie der Vorstand jetzt unter dem Druck der Öffentlichkeit behauptet, nur ein Heft später. *"Sinn der Festlegung... war es, eine Diskussion im gesamten Verband in Gang zu bringen und deren Ergebnis dann mit allen schon vorhandenen Stellungnahmen in der darauf folgenden ... STÜTZE zu veröffentlichen."*

Wahrscheinlich bin ich zu *"selbstherrlich"* und *"eigenmächtig"*, daß ich es nicht begreife: Wie kann man diskutieren wollen, ohne die Mitglieder umfassend zu informieren? Das Argument, man hätte Iljas Erklärung an die sechs Geschäftsstellen der Landesverbände gegeben, mit der Bitte, sie an unsere ca. 10.000 Mitglieder weiterzuleiten, ist so unverschämt wie heuchlerisch.

So ist also die Kündigung mehr für mich, als ein (ungerechtfertigter) juristischer Akt. Sie ist zugleich das bittere Ende meiner Illusion von einem 'durchsichtigen', mutigen und unbequemen Verband, dessen Vorstand sich nicht einer geldgebenden Lobby zuliebe einkratzt, der nicht um Trägerschaften buhlt, der sich nicht zwecks machbarer Politik arrangiert und anpaßt. Als Gründungsmitglied unseres Verbandes fühle ich mich mißbraucht und als Journalistin in den Dienst verbandspolitischer und machthungriger Taktiererei gestellt...

**Andrea Schatz, Berlin**

**P.S.:** Ich habe diesen Beitrag für ***'die randschau'*** geschrieben, ihn aber auch an DIE STÜTZE gegeben. Die Leser der STÜTZE sollten erfahren, mit welch schäbigen Methoden und Argumenten der ABiD-Vorstand arbeitet. Allerdings sehe ich kaum die Chance einer Veröffentlichung, denn der ABiD-Vorstand und sein Rechtsberater haben die jetzige Leitende Redakteurin so im Griff, daß sie nur veröffentlicht, was 'sanktioniert' ist. Außerdem wird versucht, die Meinung der Leser zu manipulieren, indem der Redaktion alle Briefe und Stellungnahmen, welche die Praktiken des ABiD-Vorstandes scharf kritisieren und sich mit dem bisherigen Beirat und mir solidarisieren (z.B. von Ottmar Miles-Paul, ZUwe Frehse, Dr. Erich Tischer, dem Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, der Redaktion ***'die randschau'***) vorenthalten werden, bzw. nicht veröffentlicht werden dürfen, während sich Dr. Ilja Seifert, Michael Rüther (Vizepräsident) und Dr. Anselm Glücksmann (Rechtsberater des ABiD) das Meinungsmonopol gesichert haben und munter ihre, natürlich 'sachliche' Sicht verbreiten können. Und dies alles unter dem Deckmantel der Pressefreiheit und Legitimation demokratisch gewählter Gremien.

# Dokumentation

## Präsident und Vorstand müssen die volle Verantwortung übernehmen!

**Im folgenden dokumentieren wir die von Martin Marquard aus Berlin (West), als Vorstandsmitglied des Berliner Behindertenverbandes (BBV) verfasste "Stellungnahme zur Situation im ABiD". Sie trägt das Datum vom 4.4.92 und wurde neben der *'randschau'* auch an die Vorstände und Geschäftsstelle des ABiD und des BBV, sowie an die Redaktion 'DIE STÜTZE' versandt.**



**Der Autor dieser aufgeweckten Stellungnahme: Martin Marquart**

Für mich als "Wessi" ist es absolut unverständlich, warum Ilja Seifert nach Bekanntwerden seiner IM-Tätigkeit nicht als ABiD-Präsident zurückgetreten ist.

Mit Bekanntwerden der Fakten ist der ABiD in äußerste existenzielle Gefahr geraten, die - wenn überhaupt - allein durch einen sofortigen Rücktritt hätte abgewendet werden können.
Denn bereits Iljas PDS-Mitgliedschaft und seine Funktion als PDS-Bundestagsabgeordneter ist in der heutigen Zeit für den Präsidentenposten des ABiD nicht ohne Problem. Aber wir haben immer dazu gestanden und vertreten, daß dies in einem demokratischen Staat selbstverständlich akzeptiert werden muß.

Bei Bekanntwerden einer IM-Tätigkeit wird allerdings eine Grenze überschritten, über die hinweg zu folgen von niemandem mehr erwartet werden kann. Dabei geht es nicht um die dann immer zitierte "Hexenjagd" auf alle ehemaligen Stasi-Mitarbeiter, sondern ganz einfach um drei Dinge:
1. Es muß ausgeschlossen werden können, daß die IM-Tätigkeit irgendjemandem geschadet hat.
2. Da dies aber mit hundertprozentiger Sicherheit nie ausgeschlossen werden kann und da die öffentliche Meinung diese Dinge zu Recht sehr kritisch betrachtet, sollten ehemalige Mitarbeiter des MfS - jedenfalls für eine lange Zeit - nicht in vorderster Reihe Positionen bekleiden.
3. Wenn ein ehemaliger IM trotzdem für eine führende Position in einer demokratischen Organisation oder Institution kandidieren will, dann nur bei ehrlicher Offenlegung aller Fakten (Überprüfung bei der Gauck-Behörde oder eidesstattliche Erklärung) - <u>vor</u> der Wahl! Wenn er dann gewählt wird, ist es in Ordnung! Verschweigt er aber seine Vergangenheit und läßt sich von nichtsahnenden Menschen demokratisch wählen, handelt es sich um Vertrauensmißbrauch.

Ein solcher Vertrauensmißbrauch liegt eindeutig vor. Schaden für den ABiD wäre vielleicht durch den sofortigen Rücktritt des ABiD-Präsidenten zu vermeiden gewesen. Vielleicht hätte der ABiD durch den Rücktritt in der Öffentlichkeit sogar an Respekt gewonnen und wäre gestärkt aus der Affäre hervorgegangen.
Diese Chance ist verpaßt worden. Leider haben Ilja Seifert und der ABiD-Vorstand ihre politische Existenz mit der der Organisation verwechselt.
Sein Rücktritt wäre in keinem Moment als ein "aus der Verantwortung Stehlen" verstanden worden, wie Ilja Seifert gerne anführt, sondern gerade als verantwortungsvolles Handeln.

Es wäre eigentlich alles so einfach gewesen: 1. Ilja wäre am 15. Februar zurückgetreten. 2. Mit der Veröffentlichung seiner Erklärung vom 15./16.2.92 und der Erwiderung von Rainer Bönning sowie weiterer Stellungnahmen in der 'STÜTZE' wäre eine breite, vielleicht heftige Diskussion innerhalb des Verbandes entfacht worden (das grüne Heft wäre überflüssig gewesen). 3. Der Vorstand hätte

aus diesem Grunde einen Verbandstag einberufen mit dem Haupttagesordnungspunkt: Neuwahl des Vorstandes. 4. Die übrigen Vorstandsmitglieder müßten sich vor einer neuen Kandidatur zu ihrer eigenen Vergangenheit öffentlich erklären. 5. Der dann unter diesen Voraussetzungen gewählte Präsident, wäre demokratisch legitimiert - und: könnte durchaus auch wieder Ilja Seifert heißen. Am 15. Februar wäre ein solcher Neuanfang noch möglich gewesen, aber nur zu diesem Zeitpunkt. Jetzt ist es zu spät. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der ABiD noch einmal auf einen grünen Zweig kommt.
Aber noch kurz zur 'STÜTZE': Selbst wenn Andrea Schatz "eigenmächtig" gehandelt haben sollte, wäre dies immer in einer solidarischen Diskussion zu klären gewesen. Jedenfalls gehört Andrea für mich zu den besten, wichtigsten Leuten im Verband, mit denen - das muß ganz deutlich gesagt werden - in dieser administrativen Weise nicht umgesprungen werden kann!!!
Die letzte Nummer der 'STÜTZE' ist ein Skandal. Wer Andrea Schatz in die Wüste schickt und lediglich diese peinliche, an vergangene Zeiten erinnernde Loyalitäts-Bekundung von Michael Rüther bringt, ansonsten aber zur Tagesordnung übergeht, stellt sich selbst ins Abseits!
Wenn überhaupt noch etwas zu retten ist, dann nur dadurch, daß sofort über die Vorgänge der letzten Wochen in der 'STÜTZE' ausführlichst informiert und breit diskutiert wird - schonungslos!
Ein erster Schritt zur Schadensbegrenzung wäre, Andrea Schatz sofort wieder als verantwortliche 'STÜTZE'-Redakteurin einzusetzen!
Im übrigen wären mir sehr daran gelegen, daß wenigstens 'DIE STÜTZE' die gegenwärtigen Turbulenzen "überlebt".

Schließlich noch eine Bemerkung zu "Ost-West": Auf dem letzten ABiD-Verbandstag traten tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der neuen und der alten Bundesländer auf mit dem Ergebnis, daß es (noch) keinen Brückenschlag zwischen Ost und West gab. Dennoch war das Kennenlernen und die gemeinsame Diskussion ein erster und wichtiger Schritt hin zu einem Zusammengehen der Betroffenen in ganz Deutschland.

Auch dies ist nun durch das Verhalten des ABiD-Vorstandes zerstört worden, und zwar entgültig - jedenfalls was den ABiD selbst betrifft.

Mir tut die ganze Entwicklung leid, aber ich kann es nur so sehen: Die Verantwortung für die jetzige Situation muß Ilja Seifert zusammen mit dem ABiD-Vorstand voll übernehmen.

**Martin Marquard, Berlin**

# Dokumentation ABiD: Abstieg ins Mittelmaß - aber ohne mich !!!

## Offener Brief zum Austritt aus dem ABiD

Die Gründung des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland - ABiD wurde von vielen AktivistInnen der westdeutschen Behindertenbewegung 1990 mit großem Interesse und Wohlwollen verfolgt. Damals fanden sich mach dem Fall der Berliner Mauer nicht nur viele hochmotivierte und engagierte behinderte Menschen zu einem neuen Verband zusammen, der den traditionellen Westverbänden das Fürchten lehrte, sondern waren auch endlich die Töne zu hören, die wir schon jahrelang gepredigt hatten: Von Selbstbestimmung, von Persönlicher Assistenz, von der Independent Living Bewegung ear in dieser Zeit viel und im Gegensatz zu vielen anderen glaubwürdig die Rede, so daß der Untertitel des ABiD damals sogar mit der Bezeichnung "Für Selbstbestimmung und Würde" geschöpft wurde.

Dieser anfängliche Schwung und sehr engagierte Persönlichkeiten beim ABiD überzeugte mich damals, diesem Verband beizutreten und aktiv dafür einzutreten, daß wir nicht mehr länger in der Beobachterposition verharren, sondern uns einmischen und den Verband stützen und mitgestalten. Damals ging es mir nicht nur darum, dem ABiD eine Stütze im heftigen Gegenwind der traditionellen Westverbände zu sein, sondern ich war vor allem von dem Glauben geprägt, daß dieser Verband endlich im Sinne der internationalen Independent Living Bewegung agieren würde und eine entscheidende Veränderung der bundesdeutschen Behindertenpolitik bewirken könnte. So habe ich und viele Andere viel Energie in Kontakte mit Organisationen aus den neuen Bundesländern investiert, um ins Gespräch zu kommen und voneinander zu lernen, obwohl uns nur sehr bescheidene finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Der Verbandstag 1991 legte bereits auf krasse Weise offen, daß wir bis dahin bisher hauptsächlich die Sonnenseite des ABiD kennengelernt hatten und daß diejenigen, die mit der traditionellen Behindertenpolitik verhaftet sind, schon viel Boden gegenüber den idealistischen KämpferInnen für ein selbstbestimmtes Leben von Behinderten gutgemacht hatten. Mit der Ablehnung des Antrages, daß die Mehrheit der Vorstandsmitglieder des ABiD selbst behindert sein müssen und der Befürwortung von Sondereinrichtungen und Werkstätten für Behinderte hatte der ABiD damals schon eindeutige Zeichen gesetzt, in welche Richtung der Verband künftig gehen würde und eine Kandidatur für uns Westler un-

interessant gemacht. Viele von uns haben damals befürchtet, daß sich der ABiD mit diesen Beschlüssen von der internationalen Independent Living Bewegung verabschiedet, dennoch hielt ich am ABiD in der Hoffnung fest, daß die progressiven Kräfte im Verband noch einiges bewegen könnten.

Artikel von Mitgliedern in der 'STÜTZE', die die Grundgedanken der Selbstbestimmung Behinderter auf krasse Weise in Frage stellten, ließen mich in der Folgezeit so manches mal den Atem anhalten und meine Mitgliedschaft in Frage stellen, doch der Rausschmiß von der Redakteurin der 'STÜTZE' - Andrea Schatz - bildete schließlich die Spitze des Eisberges. Für mich ist es unverständlich und unakzeptabel, daß ein Verband mit seiner außerordentlich geachtete Redakteurin so umgeht und von den eigentlichen Problemen einer konsequenten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ihres Präsidenten ablenkt. Durch diese Handlung hat sich der ABiD selbst ein Eigentor geschossen und die Auseinandersetzung um die Vergangenheit Ilja Seiferts unnötig und auf Kosten Anderer hochgespielt.
Andererseits hat der Rausschmiß von Andrea Schatz auch viele Menschen zum Nachdenken über den ABiD angeregt. So frage ich mich heute, was es denn noch so Besonderes am ABiD gibt, das es für Mitglieder der Behindertenbewegung interessant machen könnte, Mitglied zu sein. In vielen Punkten unterscheidet sich der ABiD nur noch wenig von den traditionellen Verbänden und hinsichtlich der Quotenregelung zugunsten Behinderter liegt der ABiD sogar noch weit hinter so manchem traditionellen Westverband zurück. Da es für die Zukunft unserer Bewegung auch weiterhin von großer Bedeutung sein wird, daß die progressiven Krafte aus den unterschiedlichen Verbänden zusammenarbeiten, werde auch ich dies zukünftig weiterhin mit StreiterInnen des ABiD tun, doch kündige ich meine Mitgliedschaft im ABiD hiermit auf.

**Ottmar Miles-Paul, Kassel**

# Dokumentation Presseerklärung

Als Mitglied des Redaktionsbeirates der STÜTZE, Zeitschrift des ABiD und ihr Herausgeber, kann ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß in der Zeitschrift der Behinderten keine Auseinandersetzung über die erst jetzt bekannt gewordene Mitarbeit des Präsidenten, Dr. Ilja Seifert, als Kontaktperson für die Staatssicherheit geführt werden soll.
Für diese Maßnahme entschied sich der Vorstand des ABiD nach mehrstündiger Debatte und schätzte sie als weisungsgebunden für die verantwortliche Redakteurin, Andrea Schatz, ein, obwohl es sich um keinen Vorstandsbeschluß handelte. Andrea Schatz sah sich indessen in der Verantwortung gegenüber den Lesern und Mitgliedern des ABiD, die dringend eine Aufklärung und Stellungnahme des Präsidenten sowie eigene Meinungsäußerung anmahnten (wünschten). Da die erste Pflicht des Journalisten die der wahrheitsgemäßen Information ist und nur er selbst sich davon entbinden kann, beabsichtigte Andrea Schatz dennoch dem Auftrag ihrer Leser zu folgen. Der Vorstand des ABiD gab ihr daraufhin zur Kenntnis, daß die Folge eine fristlose Küdigung ohne Arbeitslosenunterstützung sei und beurlaubte sie ab sofort bis zur nächsten Vorstandssitzung.
Diese Verfahrensweise erinnert an die Praktiken des ehemaligen SED-Regimes und widerspricht Artikel 5 des Grundgesetzes, er das Recht auf freie Meinungsäußerung festschreibt. Außerdem ist die Kündigungsandrohung eines Behindertenverbandes gegenüber einer Schwerbehinderten wie Andrea Schatz ein eklatanter Verstoß gegen den Kündigungsschutz Behinderter, den der ABiD ständig und zu recht einklagt. Ich kann mich mit diesem Vorgehen nicht einverstanden erklären und möchte mich hiermit - da keine andere Publikationsmöglichkeit zur Verfügung steht - öffentlich davon distanzieren.

**9.3.92, Waltraud Jähnichen, Berlin**

# Rollis, Randale und der Hausfriede des Herrn Atrott

## Zum Münchener Prozeß gegen Gusti Steiner

**Immer dann, wenn KritikerInnen es sich nicht nehmen lassen bei Veranstaltungen der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben - DGHS zugegen zu sein, um ihrem Unmut und ihrer Angst über die Praktiken derselben Ausdruck zu verleihen, kann mensch gewiß sein, daß das dicke Ende ein paar Wochen später folgt. So auch in diesem Fall. Aus München berichtet unser *'randschau'*-Korrespondent Thomas Schmidt.**



**H.-H. Atrott verteidigt das freie Wort gegen marodierende Polit-Krüppel**

Rollstühle bestimmten das Bild im überfüllten Saal 219 des Münchener Amtsgerichts, in dem die Vorgänge rund um die Proteste gegen die 10-Jahres Jubelfeier der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) verhandelt wurden.

Die Münchener Behinderten- und UnterstützerInnen-Scene war auf den Zuschauerplätzen weitgehend unter sich, denn obgleich die DGHS Strafantrag gestellt hatte, ließ sich von der Gesellschaft (außer Atrott himself samt Bodyguards, der als Zeuge geladen war) niemand blicken. Den Anblick des geballten "menschlichen Elends" mochte man sich offenbar nicht zumuten.
Der familiären Athmosphäre entsprach eine sichtlich um Entkrampfung bemühte Verhandlungsführung durch Richter Suffner, der bereits zu Beginn hatte durchblicken lassen, daß er das ganze Verfahren für reichlich überflüssig hielt. Gust Steiner, dem die (auch eher gelangweilt wirkende) Staatsanwältin Beleidigung, Bedrohung und Hausfriedensbruch vorwarf, erhielt ausgiebig Gelegenheit zur Abrechnung mit den Praktiken der DGHS; das Ganze geriet so streckenweise fast zum Tribunal gegen Atrott und seine Jünger.

## Zur Vorgeschichte

Am 3.11.1990 hatte die DGHS in den Münchener Hofgartensaal geladen, um ihr 10-jähriges Bestehen zu feiern. Unter die ZuhörerInnen hatten sich - mit bezahlten Eintrittskarten versehen - rund 50 Behinderte und Freunde gemischt, die nicht zum Beifallklatschen gekommen waren, unter ihnen Gusti Steiner. Ein von ihm verfaßtes Flugblatt wurde verteilt, in dem es unter Anderem hieß, die DGHS zeichne ein Bild von Behinderten, das diesen Schritt für Schritt die Lebensgrundlage entziehe. Steiner verlas über Megafon den Inhalt und forderte das Verbot der DGHS, worauf ihm das Mega entrissen wurde. Dennoch kam es zu weiteren Wortgefechten, die DGHS-Chef Atrott dazu veranlaßten, das Publikum mehrmals per Saalmikro aufzufordern, die Protestierer zu "entfernen", die er als Faschisten und Stalinisten bezeichnete. Dieser kaum verhüllte Aufruf zur Selbstjustiz wurde von einigen DGHS-AnhängerInnen auch befolgt und Steiner - der wegen fortschreitender Muskelschwäche im Rollstuhl sitzt - mußte ausgerechnet von Saalordnern vor Tätlichkeiten geschützt werden.

Aus den tumultartigen Vorgängen wurde für die Staatsanwaltschaft schließlich der Vorwurf des Hausfriedensbruches, der Beleidigung und der Bedrohung - gegen Gusti Steiner wohlgemerkt, weil er angeblich behauptet habe, die DGHS rufe zur Tötung Behinderter auf, und sich gegen die aufgestachelten DGHS-AnhängerInnen -eingestandenermaßen - mit den Worten "Wer mich anpackt, den mach ich platt" zur Wehr gesetzt hatte.
Den Versuch der Staatsanwältin, das Verfahren gegen eine Geldbuße von 750 DM einzustellen, lehnte Verteidiger Alexander Frey zunächst ab, um dem Angeklagten eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Atrott zu ermöglichen. Gusti Steiner betonte ausdrücklich, daß er Atrott und Co. nicht als Mörder bezeichne; er zeigte auf, daß die DGHS sich viel subtilerer Methoden bediene, um ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem Schwerstbehinderte oder Todkranke schließlich die eigene Existenz als 'lebens-unwert' begreifen und sich widerstandslos "erlösen" lassen. Anhand der immer wieder von dieser Seite gestellten Frage, ob es nicht human sei, gerade urteils- oder artikulationsunfähigen Menschen den "Todeswunsch"

quasi von den Augen abzulesen, wies er die frappierende Kontinuität zur Argumentation der NS-Theoretiker nach. Hier liege die Gefährlichkeit der DGHS, nicht in irgendwelchen Mordabsichten.

Nachdem der Vorwurf der Beleidigung somit vom Tisch war, erwies sich rasch, daß auch die behauptete "Bedrohung" eine rechtlich schwer haltbare Konstruktion war, da der Angeklagte aufgrund der (ärztlich attestierten) Muskelschwäche zu körperlichen Attacken überhaupt nicht fähig ist. Auch wenn es, so Richter Suffner, rechtlich irrelevant sei, ob eine angedrohte Handlung auch ausgeführt werden könne, überzeugte doch die offenkundige Diskrepanz zwischen der - aus Angst heraus entstandenen und später bedauerten - Äußerung und den körperlichen Möglichkeiten des Angeklagten.

Was übrig blieb, war nicht viel: Gusti Steiner hat den Frieden des Hauses Atrott gebrochen, was von der Verteidigung denn auch akzeptiert wurde. Zu Denken geben muß allerdings die Begründung: Das einzig nachweisbare "Hausverbot" nämlich bestand in Atrott's Aufforderung an seine ZuhöhrerInnen Gusti Steiner rauszuschmeißen. Wer, so die Logik, dem Volkszorn nicht durch Flucht zuvorkommt, macht sich strafbar.

Dennoch kommt dem Richter das Verdienst zu, die politische Dimension der Auseinandersetzung ernst genommen zu haben. Er hat verstanden, daß mensch sich als Behinderte/r vor diesem Verein tatsächlich ängstigen muß, weil die neuentfachte Ethikdebatte das akademische Terrain allzu schnell verlassen kann. Überdeutlich wurde dies in der von Steiner zitierten Forderung der britischen DGHS-Schwesterorganisation: "Vergeßt die Behinderten nicht!"

## Ergebnis

Das Verfahren wurde eingestellt, Gusti Steiner muß eine eher "symbolische" Geldbuße von 200 DM an den Münchner "Christopherus-Hospiz-Verein" zahlen, der sich um die psychosoziale Betreuung von Todkranken verdient gemacht hat. Kaum Grund zur Genugtuung für die Atrott-Leute, war doch die Hospiz-Bewegung zuletzt zur bevorzugten Zielscheibe der DGHS-Propaganda geworden. So wurden etwa die Hospiz-Mitarbeiter in einem - wie üblich mit antiklerikaler und scheinemanzipatorischer Rhetorik aufgepumptem - Beitrag der DGHS-Hauspostille "Humanes Leben - Humanes Sterben" als "sadistische Menschheitsbeglücker" diffamiert. Verwundern kann dies nicht; ist doch das Geschäft der DGHS ein Geschäft mit der Angst vor dem Sterben, und so muß jeder, der Menschen etwas von dieser Angst nimmt, zum Feind werden.

Tragikomischer Höhepunkt der Veranstaltung war schließlich der Auftritt des Zeugen Atrott, wenn auch - da nicht gebraucht - nur, um die Spesenbescheinigung abzuholen. Die Selbstinszenierung des einsamen, allzeit gefährdeten Kämpfers für die gerechte Sache, von seiner Leibwache nach allen Himmelsrichtungen abgeschirmt. War es tatsächlich nur kabarettreife Imagepflege oder doch Ausdruck der seelischen Befindlichkeit eines Mannes, der Leben, menschliches zumal, nur als Bedrohung begreifen kann?

Am Ende waren's dann (fast) alle zufrieden, die Lokalpresse berichtete ausführlich und wohlwollend, und man hätte fast vergessen können, daß eine derartige juristische Schlappe dem Atrott-Verein ziemlich wurscht sein kann: Verschwörungstheorien sind immer gut für das kollektive Identitätsgefühl, und Publicity war's allemal.

**Thomas Schmidt, München**

## Dokumentation




DGHS · Postfach 11 05 29 · 8900 Augsburg 11

Einschreiben/Rückschein

Herrn
A[geschwärzt] S[geschwärzt]



Konten der DGHS:
Postgiroamt Nürnberg
Kto. Nr. 1043 43-853
(BLZ 760 100 85)
Augusta-Bank Augsburg
Kto. Nr. 1 002 660
(BLZ 720 901 00)

Ihre Zeichen — Unsere Zeichen ib-fo-1 — Augsburg, den 13.03.92

Hausverbot

Sehr geehrter Herr S

aus mehrfach gegebenem Anlaß erteilen wir Ihnen hiermit ein umfassendes

H a u s v e r b o t.

Diese Maßnahme bezieht sich nicht nur auf die Bundesgeschäftsstelle und alle Regionalbüros sondern gilt insbesondere auch für sämtliche Veranstaltungen der DGHS selbst, ihres gesamten Präsidiums und ihrer - auch ehrenamtlich tätigen - Repräsentanten und Mitglieder.

Darüber hinaus untersagen wir Ihnen hiermit jede direkte und/oder indirekte, mittelbare oder unmittelbare Kontaktaufnahme mit dem angesprochenen Personenkreis. Anstiftungs-, Beihilfe- und Versuchshandlungen mahnen wir ebenfalls ab.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie mit rechtlichen Konsequenzen zu rechnen haben, wenn gegen dieses Verbot verstoßen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Der Präsident

**Abmahnung durch die DGHS - Ohne Kommentar**

# Behindertenbewegung in den USA
## Ein Interview mit Marilyn Golden

**Im August letzten Jahres besuchte Marilyn Golden von der amerikanischen Rechtshilfeorganisation für Behinderte - dem Disability Rights, Education and Defense Fund, DREDF - aus Berkeley, Kalifornien auf Einladung der Interessenvertretung "Selbstbestimmt Leben" Deutschland - ISL e. V. die BRD und hielt mehrere Vorträge über das 1990 verabschiedete Anti-Diskriminierungsgesetz in den USA. Ottmar Miles-Paul von der ISL e. V. führte mit Marilyn Golden am Rande der von der ISL-Tagung zum Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungsgesetz für Behinderte in Verden/Aller folgendes Interview für *'die rand'-schau'*.**

***'die randschau':*** Marilyn Du besuchst in diesen Tagen Europa. Was führt Dich hierher?

**Marilyn:** Ich wurde nach Europa eingeladen, um Informationen über ein neues Gesetz, das wir vor kurzem in den USA verabschiedet haben, zu verbreiten - den "Americans with Disabilities Act of 1990" (Gesetz über behinderte Amerikaner/innen) - ADA. Dieses bahnbrechende neue Bürgerrechtsgesetz schützt behinderte Menschen vor Diskriminierungen in fünf grundlegenden Bereichen: Bei der Beschäftigung, der Beförderung im öffentlichen Personenverkehr, hinsichtlich der Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, bei der Benutzung von telekommunikativen Einrichtungen und im Hinblick auf all die Aktivitäten, die von den einzelnen Staaten und Kommunen durchgeführt werden.
Zudem spreche ich darüber, wie die Behindertenbewegung der USA dieses Gesetz und eine ganze Serie von vorherigen Bürgerrechtsgesetzen für Behinderte durchgesetzt hat, die z. B. die Diskriminierung von Behinderten durch Aktivitäten der Bundesregierung, im Luftverkehr, im Bildungsbereich und im Wohnungssektor verbieten.



Marilyn Golden bei ihrem Besuch in der BRD

***'die randschau':*** Wohin führt Dich die Reise genau?

**Marilyn:** In erster Linie besuche ich die BRD, so habe ich bereits an drei sehr gut besuchten Abendveranstaltung in Kassel, Frankfurt und Berlin teilgenommen. Zudem hatte ich die Gelegenheit, an einer bundesweiten Konferenz bei Bremen teilzunehmen und in Kürze werde ich zu einer internationalen Konferenz nach Budapest fliegen. Danach habe ich zum Glück noch einige Tage Urlaub, die ich im Süden Europas verbringen werde.

***'die randschau':*** In der BRD haben wir bereits einiges über den "Americans with Disabilities Act von 1990" gehört. Kannst Du uns kurz erzählen, was Deiner Meinung nach die wichtigsten Errungenschaften sind, die die amerikanischen Bürgerrechtsgesetze den Behinderten in den USA während der letzten Jahre gebracht haben?

**Marilyn:** Wenn wir den ganzen Komplex der Gesetzgebung einmal zusammen betrachten, kristallisieren sich die folgenden Bereiche heraus: Schutz vor Diskriminierungen bei der Beschäftigung Behinderter, wo Arbeitgeber/innen entsprechende Anpassungen für behinderte Arbeitnehmer/innen bis zu einem bestimmten Grad vornehmen müssen, wie z. B. die Bereitstellung von Hilfsmitteln, Gebärdensprachdolmetscher/innen und die Zugänglichmachung von Gebäuden oder die Umstrukturierung von bestimmten Arbeitsplatzbeschreibungen. Hinsichtlich der Wohnsituation für Behinderte konnten wir erreichen, daß neue

Mehrfamilienhäuser bestimmte Zugänglichkeitsbestimmungen erfüllen müssen und öffentliche Einrichtungen wie Geschäfte, Restaurants, Hotels, soziale Einrichtungen etc. können Behinderten nicht mehr verwehren, deren Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, was u. a. auch bedeutet, daß diese Einrichtungen architektonische Barrieren beseitigen müssen. Dies besonders, wenn diese umgebaut und auf jeden Fall, wenn sie neugebaut werden. Damit sind fast alle Neubauten der Vereinigten Staaten davon betroffen.

Die Beförderung im öffentlichen Personenverkehr war darüberhinaus auf jeden Fall auch ein zentrales Thema, dem wir uns über die letzten Jahrzehnte hinweg gewidmet haben und bei dem wir erhebliche Verbesserungen durchsetzen konnten. Seit der Verabschiedung des ADA müssen alle neu angeschafften Busse mit Hebebühnen ausgestattet sein - Punkt. All die alten Einrichtungen und Züge der Eisenbahn müssen langsam umgebaut werden, so auch die wichtigsten Bahnhöfe.
Doch noch einmal zurück zu einem unserer früheren Gesetze: Wir haben ein exzellentes Gesetz, das behinderten Kindern das Recht einräumt, in reguläre Klassen integriert zu werden. Demnach können behinderte Kinder bis zu einem Ausmaß, so daß sie noch davon profitieren, in der größtmöglichen integrativen Beschulung unterrichtet werden. Auch wenn die behinderten Kinder der USA nach diesem Gesetz noch nicht 100 %ig integriert sind - auch wenn ich wünschte, daß ich das sagen könnte -, haben wir enorme Erfolge mit Hilfe dieses Gesetzes errungen und es gibt viel viel mehr Integration in diesem Bereich, als zu dem Zeitpunkt bevor das Gesetz verabschiedet wurde.

***'die randschau':*** So wie ich es verstanden habe, bringt der "Americans with Disabilities Act" vor allem auch erhebliche Verbesserungen für hör- und sprachbehinderte Menschen bei der Benutzung des Telefonsystems mit sich. Kannst Du hierzu einige Sätze sagen und die Veränderungen kurz beschreiben?

**Marilyn:** Das ist das andere dicke Ding, das wir durchgefochten haben, das ich erwähnen wollte. Ja, viele hör- und sprachbehinderte Menschen in den USA, die bisher ein Telefon benutzen wollen, können dies nur durch die Benutzung eines Hilfsmittels tun, dem Schreibtelefon, durch das die Konversation mittels des Eintippens und Übermittelns der Botschaft erfolgt. Das Problem dabei ist, daß beide Teilnehmer/innen solch ein Schreibtelefon benötigen, um miteinander kommunizieren zu können. Das Problem besteht darin, daß eine Person, die ein Schreibtelefon hat, mit keiner Person kommunizieren kann, die kein Schreibtelefon hat. Das ADA schreibt demgegenüber den Aufbau von Vermittlungssystemen durch die Telefongesellschaften vor, durch die sichergestellt wird, daß diese beiden Personen miteinander kommunizieren können. Die enormen finanziellen Mittel, die für den Aufbau und den Betrieb dieser Vermittlersysteme entstehen, die 24 Stunden pro Tag und 7 Tage die Woche zur Verfügung stehen müssen, werden ganz einfach dadurch aufgebracht, daß allen Telefonteilnehmer/innen einige wenige Cents mehr Grundgebühr berechnet werden - also kein Problem. So wird das bisher auch schon in meinem Heimatstaat Kalifornien gelöst und im Vergleich zu den wenigen Cents, die die einzelnen TelefonkundInnen bezahlen müssen, können dadurch erhebliche Verbesserungen für die Lebensbedingungen von Hör- und Sprachbehinderten erreicht werden.

***'die randschau':*** Du kommst von einer Bürgerrechtsorganisation von und für behinderte Menschen. Du hast während Deiner Vorträge in der BRD immer wieder erzählt, wie Ihr die Gesetze durchgekriegt habt. Kannst Du kurz zusammenfassen, welches die wichtigsten Faktoren in Eurem Kampf für diese Gesetze waren?

**Marilyn:** Ich glaube, daß ein ganz zentraler Aspekt darin bestand, daß wir das Image von behinderten Menschen verändert haben. Wir mußten weg von dem Image des Wohlfahrtsempfängers, der den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzt und hin und wieder den Scheck von der Wohlfahrt aus dem Postkasten holt, hin zu dem Bild, daß wir arbeiten können, Familien aufziehen, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und daß wir gleichberechtigt am Leben der Gesellschaft teilnehmen können und wollen. Dies war nicht nur eine der wichtigsten Grundlagen für die Durchsetzung des ADA, sondern wurde von uns schon seit den frühen 70er Jahren betrieben, als wir bereits einige der wichtigsten Gesetze, die ich vorher kurz erwähnt hatte, verabschieden konnten. Ein anderes und sehr wichtiges und fundamentales Element der Behindertenbewegung der USA besteht darin, daß Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen zusammenarbeiten. Im Kampfe um das ADA erreichten wir dabei unseren bisherigen Höhepunkt, so daß bei der Verabschiedung des ADA Menschen mit Mobilitätsbehinderungen, Sehbehinderte, Hörbehinderte, Menschen mit geistigen Behinderungen und ihre Familien und UnterstützerInnen, Menschen mit versteckten Behinderungen, Epileptiker, Menschen, die in Psychiatrien waren und sind, Diabetiker usw. an einem Strang zogen. Zudem arbeiteten AktivistInnen der Bewegung mit traditionellen Gruppen zusammen und diejenigen, die die Lobbyarbeit machten kooperierten mit denjenigen, die auf der Straße demonstrierten. Dieser Zusammenschluß war sehr wichtig. Zudem konnten wir auf einige früher verabschiedete Bürgerrechtsgesetze für Behinderte zurückblicken, durch die unsere Abgeordneten im Kongreß bereits aufgeklärt waren, so daß wir mit dem ADA nicht beim Punkt Null anfangen mußten. Darüberhinaus mußten wir jedem Teil unserer Bewegung und besonders denjenigen von den traditionellen Organisationen immer wieder deutlich machen, daß wir mehr als nur die Wohlfahrtsschecks,




Karikatur aus: Berlin-konkret, Jan./Feb. 92

sondern unsere Bürgerrechte brauchen und daß diese sehr wichtig sind. Am wichtigsten war wohl, daß wir uns selbst darin schulen mußten, knallharte Politik zu machen und nicht mehr nur einfach nach mehr Geld zu fragen, sondern in den oft angsteinflößenden politischen Schlachten im Kongreß mitzumischen und diese mit zu gestalten. Wie ich während einer meiner Vorträge gesagt habe, das war kein Picknick, sondern eine wirkliche Schlacht, die da im Kongreß vonstatten ging. Es war also keinesfalls so, daß wir diese Gesetze durchgebracht haben, weil es leicht für uns war, nein, ganz und gar nicht, das war lange und harte Arbeit. Wie ich während der letzten Woche im Hinblick auf die Situation in der BRD ebenfalls desöfteren gesagt habe, muß ich auch hier wieder erwähnen, daß ich niemals gesagt habe, daß es leicht ist gute Bürgerrechtsgesetze für Behinderte zu verabschieden, sondern immer nur, daß es möglich ist. Es ist uns gelungen die Rechten und die Linken der Bewegung zusammenzubringen, die beiden Parteine der USA in dieser Sache auf einen Level zu bringen und zudem hatten wir während der heißen Phase der Durchsetzung des ADA viele Strategien von sozialen Bewegungen und den Einsatz der Massen erfolgreich angewandt. Dies reichte vom Schreiben von Briefen und Telegrammen, von Anrufen bei Abgeordneten, von einer breiten Pressearbeit, bis hin zu Demonstrationen und Lobbyarbeit vor Ort in Washington D. C. Tausende von Menschen haben Neujahrspostkarten an die Mitglieder des Kongreßes versandt, in denen sie diese um die Verabschiedung eines starken ADA baten.

Wir haben die verschiedensten Argumente verwandt. So argumentierten wir zum Beispiel, daß es langfristig wesentlich billiger ist, behinderten Menschen die Chance zu einem gleichberechtigten Leben in unserer Gesellschaft zu geben und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, als sie in Institutionen zu verwahren und abhängig zu halten. Institutionen waren schon immer wesentlich teurer und dazu unmenschlicher als die Erbringung von Persönlicher Assistenz zu Hause. Das war also ein hilfreiches Argument. Zudem argumentierten wir, daß das ADA ein zukunftsweisendes Gesetz ist, da alles, was neu gebaut oder umgebaut wird, behindertengerecht sein muß und somit von allen Menschen benutzt werden kann. Natürlich hatten wir eine breite Opposition, wie z. B. die VertreterInnen des Einzelhandels und die privaten Betreiber von öffentlichen Verkehrsbetrieben. Sie haben gekämpft und mußten Kompromisse machen, wir haben auch gekämpft und mußten auch einige Kompromisse machen. Doch am Ende glaube ich, sagen zu können, daß wir sehr stolz darauf sein können, daß wir ein Gesetz durchgesetzt haben, von dem ich zwar niemals sagen würde, daß es das Gesetz ist, daß genau das Gesetz unserer Träume ist, doch es kommt der Sache schon sehr nahe.

***'die randschau':*** Du hast darüber gesprochen, daß das Image von behinderten Menschen verändert werden mußte. In der BRD haben wir während der letzten Jahre immer wieder von Euren Centers for Independent Living gehört.
Welche Rolle haben diese dabei gespielt?

**Marilyn:** Die Centers for Independent Living befanden sich unter den aktivsten Unterstützern der Bewegung. Sie haben entscheidend an der Organisation der Demonstrationen, der Brief-Schreib-Kampagne etc. mitgewirkt. Sie waren die Organisationen, die wohl am besten mit ihren Forderungen durchkamen, da sie schon eine gewisse politische Basis hatten.

***'die randschau':*** Zum Schluß interessiert mich Dein Eindruck, den Du während der letzten Tage von der deutschen Behindertenbewegung bekommen hast, sehr.

**Marilyn:** Das erste, das mich immer wieder beeindruckt, wenn ich mit der Behindertenbewegung in anderen Ländern zusammenarbeite, ist die Tatsache, wie sich die Themen, mit denen wir zu tun haben, doch immer wieder ähneln. Fast überall sind es die gleichen Probleme, mit denen wir es zu tun haben. Die kulturellen Unterschiede in diesem Bereich sind also verschwindend klein, so daß wir also fast die gleichen Probleme haben und in einem gewissen und sehr wichtigen Sinne die gleiche Sprache sprechen. Die Behindertenbewegung in der BRD ist sicherlich im Wachsen begriffen. In gewissem Maße kommt es mir so vor, als daß Eure Bewegung in vielen Bereichen der amerikanischen Behindertenbewegung ähnlicher ist, als all die Bewegungen der anderen Länder, die ich kenne - die Aufteilung der einzelnen Gruppen ist sich zum Teil sehr ähnlich. Ich habe während diesem Besuch den Eindruck bekommen, daß die deutsche Behindertenbewegung wesentlich an Stärke, Unterstützung, Spannung und Wachstum gewonnen hat und daß die Mitglieder gute Ideen und Inspirationen haben. Zudem konnte ich feststellen, daß Ihr viele gute Leute habt, die Führungspositionen einnehmen können. Grundsätzlich glaube ich, daß die Verabschiedung von guten Bürgerrechtsgesetzen in der BRD unvermeidbar ist, da die Bewegung der Sache zu sehr verschrieben ist und nicht mehr so leicht locker läßt. Eure Regierung nimmt sich besser in Acht vor Euch. Es gibt in diesem Bereich zwar noch viel zu arbeiten, doch haben die Deutschen die Arbeit noch nie gescheut. Ich glaube, daß das Wichtigste was die deutsche Bewegung tun muß, die Ausbildung und Einbeziehung von immer neuen Kräften in die Bewegung ist. Ich kann nicht genug hervorheben, daß mensch bei allem, was mensch tut, immer wieder neue Leute in die Bewegung bringen muß. Es scheint immer leichter, die Sache selbst zu erledigen, da mensch es selbst schneller, leichter und genau so erledigen kann, wie mensch es sich wünscht, doch langfristig gesehen, werdet Ihr wesentlich weiter damit kommen, wenn Ihr die Aufgaben an neue Leute übertragt und ihnen immer wieder helft, so daß sie nächste Woche, nächsten Monat oder nächstes Jahr selbst Führungsrollen übernehmen und Euch wesentlich mehr helfen können.

***'die randschau':*** Marilyn, vielen Dank für das Interview. Ich wünsch Dir noch viel Spaß in Europa, einen schönen Urlaub und einen guten Flug nach Hause.

**Marilyn:** Danke schön und viel Glück für Eure Bewegung.

**Ottmar Miles-Paul, Kassel**

# Buchbesprechung
# Ende der Verwahrung ?!

In der letzten Ausgabe der 'randschau' war es in einer Anzeige zu lesen. Von der AG SPAK gibt es neue Bücher. Ende der Verwahrung ?! ist eines davon. Es möchte versuchen, die Diskussion über die 'Perspektiven geistig behinderter Menschen zum selbständigen Leben' (Untertitel des Buches), die im Juni 1990 auf dem gleichnamigen Kongreß in Marburg geführt wurde, fortzusetzen.
Die Autorinnen und Autoren haben zu dieser Diskussion unterschiedliche Zugänge und betrachten die Thematik auf verschiedenen Ebenen. So gliedert sich das Buch in sieben Abschnitte. Es bietet viele Informationen, wenn auch nicht alles dort zum ersten Mal geschrieben wurde.

Interessant sind die Berichte von Betroffenen im ersten Kapitel, die bewußt an den Anfang des Buches gestellt wurden. Gerade ihre Erfahrungen, die die Grundlage der Diskussion bilden sollten, werden im allgemeinen noch viel zu wenig zur Kenntnis genommen.

Das zweite Kapitel schließt sich logisch daran an. Es zeigt, aus der Sicht von MitarbeiterInnen und KundInnen auf, wie Möglichkeiten zum Leben in der eigenen Wohnung geschaffen werden können und welche Probleme und Widersprüche es für die Beteiligten bei der praktischen Umsetzung solcher Ideen gibt.




Wenn ich bis zum Ende des zweiten Kapitels noch den Eindruck hatte, einen roten Faden in diesem Buch gehabt zu haben, so ist er ab hier verschwunden. Das dritte Kapitel über Arbeit und Freizeit beginnt mit kritischen Berichten über die gesellschaftliche Situation der Behindertenwerstätten und über Maßnahmen des Vereins 'Arbeit und Bildung', als Möglichkeit der Eingliederung in den normalen Arbeitsmarkt. Gleich im Anschluß daran geht es um die AG Freizeit, ein Marburger Verein, der das recht allgemeine Ziel der gemeinsamen Freizeitgestaltung mit Behinderten und Nichtbehinderten verfolgt.

Nach den Betrachtungen über Diskriminierungen behinderter Menschen im vierten Kapitel, die nicht im engeren Zusammenhang zur Thematik des Buches stehen, schließt sich die Diskussion, um verschiedene Wohnformen für geistig behinderte Menschen an. Es beginnt mit der Frage an Nichtbehinderte, ob sie schon einmal ihren Arzt gefragt haben, ob es denn überhaupt möglich ist, die von ihnen gewählte Wohnform zu praktizieren. Neben diesem Plädoyer für die freie Wahl der Wohnform, finden sich auch Berichte, die aus einer anderen Perspektive geschrieben sind. Aus der Sicht von Menschen, die in bestehenden Großeinrichtungen arbeiten, die im unterschiedlichen Maße reformiert oder aufgelöst werden sollen. Zwischendurch taucht noch die Frage nach der 'Schutzbedürftigkeit' geistig Behinderter auf. An dieser Stelle wäre es notwendig über Perspektiven für Veränderungen und über die Frage der generellen Reformierbarkeit nachzudenken. Stattdessen stehen auch hier die Artikel, deren AutorInnen in Institutionen mit den verschiedensten Arbeitsansätzen eingebunden sind, nebeneinander. Dadurch ist keine deutliche Linie erkennbar, denn es fehlt eine klare Ausrichtung in diesem Abschnitt.

Das juristische Kapitel ist sicherlich für diejenigen, die selber mit ambulanten Hilfen beginnen wollen, das wichtigste. Aber Beispiele aus den alltägliche Mühen mit Behörden fehlen, sicherlich gibt es gerade auf diesem Gebiet schon viele Erfahrungen, deren Weitergabe sich lohnen würde.
Eine gute Abrundung bieten die Darstellungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingung, die die Hintergründe aufzeigen, unter denen die Arbeit stattfindet. Informativ ist der Artikel über die Situation in den neuen Bundesländern.

Bei allen Informationen die dieses Buch gibt, fehlt eine Struktur, die die einzelnen Berichte miteinander verbindet und den Gesamtzusammenhang verdeutlicht.




Unklar ist mir, an wen sich das Buch richtet. Ist es für Menschen, die sich über die Lebenssituation geistig behinderter Menschen informieren wollen? Für sie ist es vielseitig aber auch sehr verwirrend. Es fehlt ein allgemeiner Übersichtsbericht. Ist er für Menschen die ein Informationsbuch haben wollen: "Wie entwickele ich einen ambulanten Dienst für geistig Behinderte?".
Die können einiges überlesen, da es ihnen bekannt ist, wenn sie schon mit geistig Behinderten zu tun haben, aber sie werden auch praktische Hilfe bei der Organisation und den juristischen Kämpfen vermissen. Das Buch zeigt zumindest denjenigen, die sich der 'Krüppel- und Behindertenszene' zugehörig fühlen und denen, die schon lange versuchen Institutionen für behinderte Menschen zu verändern, wie weit die Diskussion auf verschiedenen Ebenen in diesem Bereich ist.

**Katrin Metz, Marburg**

**Fib (Hg.), Ende der Verwahrung ?! Perspektiven geistig behinderter Menschen zum selbständigen Leben, AG SPAK 1991, 270 Seiten, 24,00 DM**



# LESERINNEN- UND LESERBRIEFE

**Pressefreiheit?!**

**Unter diesem Titel wurde uns der nachfolgende Leserbrief zugesandt, der sich auch mit dem Beilegeblatt der letzten Ausgabe befasst (Zensurfall: 'DIE STÜTZE', Heft 1/92). Wir geben ihn in voller Länge wieder.**

Liebe Freunde der 'randschau',
Als regelmäßiger Leser der 'randschau' konnte ich bis jetzt fast immer Objektivität und mit viel Sachverstand geschriebene Artikel in Eurer Zeitung nachlesen, auch wenn ich persönlich mitunter eine andere Meinung vertrete als die Eure. Was ich aber im Märzheft vorfand, empfand ich als weniger gut. Gemeint ist damit Euer Einlegeblatt. Nun kann es sein, daß ich als sogenannter "Ossi" andere Vorstellungen über journalistische Tätigkeit habe, aber egal wie immer diese auch aussieht, sollte meiner Meinung nach immer das Prinzip einer fairen Berichterstattung gewahrt werden. Damit ist jedoch ehrlich gemeinte, verantwortungsbewußte Recherche verbunden. Davon war jedoch im Märzheft nichts zu spüren. Doch nun zu den von Euch erhobenen Vorwürfen.
Ihr sprecht von Vertuschung, Zensur und Entlassung. Als Vizepräsident des ABiD kenne ich, im Gegensatz zu Euch, den vom Gesamtvorstand gefaßten Beschluß zu den Erklärungen von Ilja Seifert und H.R. Bönning. Darin heißt es unter anderem, daß durch alle Vorstandsmitglieder die Basisgruppen sofort zu informieren sind und in den Basisgruppen darüber die Diskussion geführt werden sollte (letztendlich ist es eine freie Entscheidung der Mitglieder des ABiD wie und in welchem Umfang sie darüber diskutieren). In der Praxis sah dies so aus, das bereits zwei Tage nach dieser Vorstandssitzung z.B. in Sachsen-Anhalt alle Kreisverbände die schriftliche Info (beide Erklärungen) auf dem Postweg erhielten. In der Jahreshauptversammlung des halleschen Behindertenverbandes am 29.02. wurden u.a. auch durch mich die Mitglieder informiert und gebeten, sich zu dieser Problematik öffentlich (Stütze) zu äußern. Ähnlich lief dies in Hettstedt und vielen anderen Basisgruppen. All dies geschah auf der Grundlage des von Euch heftig kritisierten Beschlusses. Wo sollte hier etwas vertuscht werden.
Ihr sprecht von Zensur? Entscheidung des Vorstandes zur 'STÜTZE' betrafen bisher ausschließlich die verlegerische und damit auch oftmals mit Finanzen verbundene Seite. Diese Verantwortung nimmt dem Vorstand auch kein anderes Gremium (außer der Verbandstag) ab. Wenn im konkreten Fall (s.o.), durch den für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Vizepräsidenten eine Entscheidung getroffen wurde, dann geschah dies auf der Grundlage eines Beschlusses eines gewählten Vorstandes.
Im übrigen heißt Zensur, daß die Öffentlichkeit nicht oder nur ungenau informiert werden soll, was jedoch im konkreten Fall nicht den Tatsachen entspricht.
Im Gegenteil, gerade die 'STÜTZE' und mit ihr ihre Redaktion hatte bisher und so soll es nach dem Willen des Vorstandes auch bleiben, eine sehr breite, oftmals auch sehr widersprüchliche inhaltliche Gestaltung. In diesem Zusammenhang sei mir die Frage gestattet: Wie steht Ihr zu solchen Fragen wie Akzeptanz anderer Meinungen, Toleranz gegenüber Problemen anderer Menschen und wie sieht die Selbstbestimmung des Lebens für alle Menschen aus?
Doch zurück zum Problem. Ein weiterer Kernpunkt Eurer "Forderungen" war die Widereinstellung von A. Schatz. (**Anm. d. Red.:** Wir "forderten": - *"die Rücknahme der Suspendierung und die Rücknahme der Androhung weiterer arbeitsrechtlicher Schritte gegen die leitende Redakteurin Andrea Schatz"* und *"die Wiedereinsetzung von Andrea Schatz in die vorherige Position"*. Andrea war bereits "beurlaubt", was einer Suspendierung gleichkommt.) Hier beginnt Euer Artikel entgültig den Boden der Realität und der Wahrheit zu verlassen. Zum Zeitpunkt der Versendung dieser Ausgabe der 'randschau' hatte weder der geschäftsführende noch der Gesamtvorstand eine arbeitsrechtliche Entscheidung bezüglich einer Entlassung getroffen. Also ist diese Aussage durch Euch schon im Wesen nach falsch. Zum anderen, und hier halte ich Euch zu Gute bzw. werfe ich Euch gleichzeitig vor, waren Eure Informationen, die zur Veröffentlichung führten, einseitig und von sehr persönlichen Eindrücken geprägt. Ohne im Detail auf die Gründe der arbeitsrechtlichen Entscheidung im Falle von A. Schatz einzugehen, nicht ihre Eigenmächtigkeit betreffs o.g. Sachverhalts, sondern eine Summierung von verschiedenen Ereignissen führten zur Beurlaubung von Andrea Schatz. Sollte Euererseits das eigentlich erforderliche Interesse zur Konkreten Berichterstattung vorhanden sein, ist meines Erachtens nach jedes Mitglied des Vorstandes bereit, Euch darüber im persönlichen Gespräch Auskunft zu geben.

Der Gipfel der Unverschämtheit war für mich und für viele meiner Freunde im Verband die Forderung nach Rücktritt des Verbandsvorstandes. In diesem Zusammenhang sei es mir gestattet, auf einige, Euch offenbar entgangene Details zu verweisen. Zum Ersten besteht der ABiD nicht nur aus dem Berliner Behindertenverband oder besser gesagt aus einigen Mitgliedern dieses Verbandes und zum Zweiten können und sollten wohl die Mitglieder des Verbandes darüber entscheiden. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des gewählten Vorstandes und dies unterscheidet ihn in großem Maße von anderen Verbänden hat neben dieser Wahlfunktion eine Funktion in seiner Basisgruppe. In meinem konkreten Fall sieht dies so aus, daß ich seit nunmehr über zwei Jahren als Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Halle e.V. versuche unser sicher in den Grundsätzen gleiches Ziel zu verwirklichen. Trotz der gegen den Vorstand erhobenen Vorwürfe wurde ich am 29.02.1992, bitte beachtet das Datum, einstimmig und auf ausdrücklichen Wunsch der hallenser Mitglieder, wieder zum Vorsitzenden gewählt.
Ich glaube, daß es wohl in erster Linie die Mitglieder meiner Basis sind, die über die Legitimität meines Verbleibs oder meines Rücktritts zu befinden haben und dies auch können. Gleiches trifft für, den ebenfalls in beiden Vorständen sehr engagiert und kompetent arbeitenden, Dr. Rainer Kiesche zu. Die Reihe der Beispiele könnte ich an dieser Stelle beliebig fortsetzen.
Gestattet mir noch eine Bemerkung. Im vergangenen Jahr gab es anläßlich unseres Verbandstages die Möglichkeit auch für Euch, im Vorstand des ABiD mitzuarbeiten. Aus Gründen, die ich akzeptiere, die Ihr aber auch gleichzeitig selbst zu verantworten habt, war es Euch nicht möglich, einen Kandidaten für die Wahl zu benennen. Nun mögen auch hier die Standpunkte auseinandergehen, aber ein Ausdruck von Demokratieverständnis und vorallem der gerade von Euch immer wieder betonten Toleranz war und ist dies auch nicht. Trotzdem oder besser gesagt gerade deshalb glaube ich, soll-

ten wir gemeinsam alles mögliche und unmögliche unternehmen, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen.
Es gibt bei uns ein Sprichwort, welches wie folgt lautet: "Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte." Und genau dies befürchte ich, wenn ich mir die tendentielle Berichterstattung ansehe. Deshalb nochmals mein Wunsch oder doch besser meine Forderung: Wenn Berichterstattung dann bitte objektiv und sachlich.
In der Hoffnung auf sachbezogene und dem Gesamtanliegen dienende Zusammenarbeit verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

**Frank Merkel, Halle**

**Leserbrief zum Beilageblatt der Ausgabe 1/92 "Zensurfall: Die Stütze"**

Klub der Behinderten e.V.
Kreisverband Hettstedt
O - 4270 Hettstedt

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,
vor zwei Tagen bekam ich die "Randschau" Nr. 1 in die Hand und war in höchstem Maße geschockt.
Bisher hatte ich eine sehr gute Meinung von Ihrer Zeitschrift, doch das der Nr. 1 innen beigefügte Einlegeblatt, als Sonderbeilage eines Jörg Fretter, ist der pure Anti-Demokratismus. Da wird in alter DDR-Polit- und Stast-Manier in die inneren Verbandsangelegenheiten eines anderen, wenn auch bisher freundschaftlich verbundenen Behindertenverbandes eingegriffen. Oder wie soll ich als Gründungsmitglied des DDR-Behindertenverbandes und Vorsitzender eines Kreisverbandes das Einlegeblatt sonst verstehen?
Das Schreiben von Ilja Seifert haben alle Kreisverbände erhalten und waren informiert. Unsere Mitglieder sind vollkommen anderer Meinung, als Rainer Bönning, der in seinem Schreiben sogar die 2. Wende vollzogen hat (Wir sind offen... siehe ABiD-Konferenz 1991 - BBV (=Berliner Behindertenverband; Anm. d. Red.): Keine Angehörigen in den Vorstand).
Ebenfalls geht es nicht an, daß CeBeeF und die Randschau, die sich als "demokratisch" bezeichnen, den Rücktritt eines Präsidenten eines anderen Verbandes fordern können, ohne dessen Mitglied zu sein.
Der größte Clou in bester "Bild"-Manier ist der "Zensurfall: Die Stütze".
Die Einseitigkeit, mit der hier bewußt ein Bild in der Öffentlichkeit erzeugt wird, stößt bei mir auf großen Ekel.
Im Gegensatz zu den meisten Mitgliedern, kenne ich die Vorgeschichte und die Zusammenhänge. Ich weiß nicht, ob der CeBeeF sich eine solche Selbstherrlichkeit einer Andrea Schatz gefallen lassen hätte, die als Redakteurin in der Stütze und Angestellte des Verbandes ABiD in arroganter Weise Vorstand und Mitgliedschaft bewußt ignorierte.
Ein anonym verschickte Schriftwerk, daß von H.-R. Bönning, W. Jähnichen, R. Reichert, A. Schatz, C. Schwarz und P. Stephan verfaßt wurde, zeigt, daß neben erheblichen Rechtslücken (Kündigung bei ABM) und offensichtlicher mißbräuchlichen Verwendung von Zuschriften, eine bewußt gesteuerte Treibjagd veranstaltet wird.
Da ich selbst Vorsitzender eines Kreisverbandes bin, verurteile ich dieses verbandsschädigende Verhalten auf's Schärfste. Dem ABiD-Vorstand würde ich sogar eine Klage wegen Verleumdung raten. Denn was vom BBV, H.-R. Bönning und A. Schatz da betrieben wird, ist die bewußte und kaltschnäuzig betriebene Zerstörung des ABiD.
Den über 10.000 Mitgliedern in den 5 neuen Bundesländern, die täglich gute und aufopferungsvolle Arbeit leisten, die ständig um ihre Existenz ringen und nicht die Forderung der Berliner Behinderten haben, wird mit einer solchen Hetzkampagne in's Gesicht gespuckt.
Sollen zwei Jahre Arbeit wegen einer Andrea Schatz umsonst gewesen sein? Wird sich der BBV endlich aufraffen, daß zu verwirklichen, was er in seiner Gegendarstellung selbst fordert (... Dazu brauchen wir ... Aufrichtigkeit ... mehr Bescheidenheit ... Wir sind gegen Hexenjagden ... Laßt uns offen und menschlich umgehen ...)?

**Martin Hesse**
**Vorsitzender des KdB**

P.S. Ich hoffe CeBeeF und 'die randschau' haben den Mut, meine persönliche Meinung abzudrucken.

**Zu dem Artikel "Leben ohne Normierungen" von Volker van der Locht in der 'randschau' 1/92**

Volker's radikale Infragestellung des technokratischen Mythos von der Klassifizierbarkeit aller menschlicher Lebenslagen verdient ebenso Zustimmung wie seine Kritik am Legalismus mancher Möchtegern-Gesetzgeber. Allzu blauäugig - und deshlab gefährlich - erscheint mir jedoch seine Absage an jede Form von Kriterienbildung bei der Bemessung von Transferleistungen.
Ohne ein weiteres Mal die große Reformismusmusdebatte führen zu wollen: Die Erkenntnis ist banal, daß Verbesserungen innerhalb des herrschenden Systems die große Freiheit nicht bringen, daß sie bestenfalls das aktuelle Überleben erleichtern können. Dennoch kann eine **politische** Strategie nicht umhin, nach Perspektiven für **alle** zu suchen (und zwar diesseits der großen Umwälzung, von der niemand weiß, wer sie zustandebringen, und wohin sie führen soll!). Diese können in einer Massengesellschaft nur in kollektiven Umverteilungssystemen bestehen, die in der Tat nicht ohne ein Minimum an Entscheidungskriterien auskommen. Der Umstand, daß unterschiedliche Lebenslagen, wie z.B. Behinderungen, auch ein unterschiedliches Maß an Nachteilen und Hilfebedarf nach sich ziehen, ist zunächst einmal unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsordnung. Es bleibt uns also nicht erspart, die notwendigen Umverteilungen nicht nur zu fordern, sondern auch möglichst rational zu begründen.
Ich denke, die pauschale Ablehnung wird der Ambivalenz von festgeschriebenen Normen nicht gerecht: Sie sind nicht nur der Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse, sondern begrenzen als einklagbarer Rechtsanspruch zugleich Machtausübung; Macht ohne Norm wird zur Willkür.
Und genau hier ist der Punkt, an dem mir Volker's schöne Utopie von der solidarischen Gemeinschaft, in der jeder nach seinen Bedürfnissen bekommt und die keine Kriterien kennt, gefährlich erscheint. Denn auch in den von Volker propagierten kommunitären Lebensmodellen - sei es die WG oder das besetzte Haus - reproduzieren sich tradierte Macht- und Abhängigkeitsstrukturen, leben konkrete Menschen mitsamt ihren mitgebrachten Deformationen. Auch hier bleiben die weniger Durchsetzungsfähigen einmal mehr auf der Strecke, sofern nicht die Verteilungskämpfe durch ein gewisses Maß an Regularien abgefedert werden.
Volker hat die Ausgrenzungsfunktion im Auge, die Kriterien und daraus abgeleitete Begrifflichkeiten, wie z.B. "Behinderung", in dieser Gesellschaft haben. Ich halte aber die Vorstellung für falsch, daß Kriterien **per se** Aussonderung und Diskriminierung fördern; sie tun dies immer dann, wenn ökonomische Verwertungsinteressen das gesellschaftliche Wertesystem dominieren. Es muß also darum gehen, bei der Festlegung und Anwendung von Kriterien konsequent die Belange der Betroffenen zu vertreten, die sich dieser Rationalität nicht unterordnen (vielleicht darf mensch hier tatsächlich ein bißchen träumen...).
Anders als Volker halte ich individuelle Selbstbestimmung durchaus für einen

Wert an sich und das Recht auf Privatheit für eine zivilisatorische Errungenschaft, deren vollständige Durchsetzung für uns Behinderte allerdings noch aussteht: so möchte ich z.B. gerne Nähe und Distanz zu meinen HelferInnen selbst bestimmen. Und sollte dies das von Volker abschätzig erwähnte "euro-amerikanische Ideal" sein, so ist das sicher nicht der Inbegriff einer solidarischen Lebensweise, wohl aber die Voraussetzung dafür!
Keinesfalls soll dies alles als Absage an gesellschaftliche Experimente mißverstanden werden. Wenn aber unser Ziel ist, die Erprobung neuer Lebensformen als massenhafte Perspektive zu ermöglichen, so kann das nur mit selbstbewußten Individuen funktionieren, die gelernt haben, mit persönlicher Autonomie umzugehen. Wo sollen diese Menschen herkommen, wenn wir nicht hier und heute mehr Unabhängigkeit für alle fordern?
Deshalb: Her mit dem steuerfinanzierten Assistenzgesetz, demokratisch kontrolliert und mit Kriterien, die die Selbstbestimmung fördern, aber dalli!

**Thomas Schmidt, München**

**Zwei Anmerkungen als Leserinbrief zum Artikel "Zwischen Hightech und Hochglanz: Behinderte Frauen im Forum der REHA '91", die randschau 1/92**

**1. Anmerkung:**
Schön, daß fünf Seiten in "die randschau" sich mit dem Thema "behinderte Frauen" befassen.
Schade nur, daß sich Ulrike Lux in ihrem einleitenden Artikel anscheinend weder der Wahrheit noch Grundlagen journalistischer Arbeit verpflichtet fühlt.
Allmählich kommt bei mir der Verdacht auf, daß es zum neuen Redaktionskonzept der "randschau" gehört, nicht mehr sauber zu recherchieren, sondern stattdessen munter drauflos zu mutmaßen. Außerdem will man vielleicht ein neues Genre schaffen, frei nach folgendem Rezept: Zunächst alle Zutaten gründlich waschen und von unbequemen Tatsachen befreien. Sodann gebe man/frau Bericht und Kommentar zu etwa gleichen Teilen in eine Schreibmaschine, würze mit einer Prise Reportage und einer Messerspitze Glosse und verquirle alles auf höchster Rotationsstufe mindestens fünf Minuten lang. Der so produzierte Brei wird noch mit einem Schuß Polemik abgeschmeckt und eignet sich nun hervorragend für "die randschau". Möge er den LeserInnen genüßlich auf der Zunge zergehen, guten Appetit!

**2. Anmerkung:**
Die Rede ist von tiefen Gräben, über die Ulrike Lux nicht zu "einem Hechtsprung" ansetzen will. Muß ja auch nicht sein, aber ich halte es auch nicht für sinnvoll, sich ersatzweise in diesen Gräben zu verschanzen und wertvolle Energien für Grabenkämpfe zu verbrauchen. Schließlich hat doch die Geschichte oft genug gezeigt, daß Bewegungen dann erfolgreich sind, wenn gemeinsam ein Ziel angestrebt wird, daß sie aber scheitern, wenn man/frau sich in eben diesen Grabenkämpfen gegenseitig zerfleischt.
Deshalb will ich meinen Vorschlag hier zum 95. Mal wiederholen: Wir sollten miteinander reden. Bisher erfolgte keine Reaktion auf meine Angebote, aber vielleicht werde ich diesmal im Graben oder jenseits des Grabens gehört.

**Sigrid Arnade, Köln**





Postvertriebsstück * Gebühr bezahlt
'die randschau', Mombachstraße 17, 3500 Kassel

G 7955 F

die r..dschau,Mombachstr. 17,3500 Kassel G7955F
Pos. ertriebsstück G7955F - Gebühr bezahlt
Ch... el Ronneberger
Kr... rinzenallee

W 5600 Wuppertal 1

Geplant für die nächste Juli/August-Nummer:
Schwerpunkt: Nachlese zum Europaweiten Aktionstag zur Gleichstellung und Antidiskriminierung behinderter Menschen.

**ERSCHEINT MITTE JULI**

---

# Spendenaufruf:
# KOHLE LOCKER-MACHEN

Ohne Kohle läuft NIX, so lautet eine alte Projekteweisheit. Dies gilt selbstverfreilich auch für die *'Zeitschrift für Behindertenpolitik'*. Wir wollen ***'die randschau'*** künftig aktueller, flexibler und regelmäßiger erscheinen lassen. Den ersten Erfolg seht Ihr schon an diesem Heft. Aber wir wollen noch viele solcher Erfolge sehen. Deshalb benötigen wir Geld. Aber damit diese Bitte nicht ganz unkonkret im Raum steht, hier die Dinge, die wir anschaffen wollen:

**für den Satz**
* 1 schnellen Computer (für Fortgeschrittene), mit dem wir in den Desktop-Publishing-Bereich einsteigen können (um die 3.500 DM)
* 1 19 bis 20" - Monitor (für den Satz und die sehbehinderten RedakteurInnen), (Kosten 4.500 bis 5.000 DM)
* 1 DTP-Programm (PAGEMAKER 4.0) (schlappe 2.500 DM)
* 1 Flachbrett-Scanner (3.000 DM und aufwärts)

**für die redaktionelle Kommunikation**
* 2 bis 3 FAX-Geräte (4.000 bis 6.000 DM)

Wer uns jetzt für völlig durchgeknallt hält, hat sicher recht. Natürlich greifen wir hier zu den Sternen. Wir sind bei verschiedenen Stiftungen dran, immer wieder mal, solche Dinge zu beantragen. Bis jetzt ist da erst einmal Pustekuchen.
**Außerdem werden wir NICHTS davon anschaffen, bis unsere gesamte finanzielle Situation sich gebessert hat!!!**

**Denn so lange:**
* wie wir um jede Briefmarke fürchten müssen, die wir zu viel kaufen
* wir uns selbst nicht zumindest die anfallenden Fahrtkosten erstatten können
* oder geschweige denn Honorare für die angefragten Artikel zahlen können

**WERDEN DIESE WÜNSCHE SEIFENBLASEN BLEIBEN!!!**

**Wir brauchen EURE SPENDEN!**
Wählerisch sind wir dabei immer noch nicht. Wir nehmen jede Spende, sei sie auch noch so klein (oder hoch!). Weil wir nicht an den Geld-schweren Mäzen glauben, der ab morgen vor unserer Tür steht und mit einem Bündel voller Scheine winkt; sind wir auf EUCH angewiesen!

**Auch Ihr könnt künftig davon profitieren!!!**
***'die randschau'*** würde Euch regelmäßiger erreichen.
***'die randschau'*** wäre Euch (in Maßen) dankbar (kommt nicht so oft vor).
***'die randschau'*** könnte weiterhin ein möglichst unabhängiges und querschießendes Blatt sein.

**Es gibt, ob Ihr es glaubt oder nicht, viele gute Gründe uns zu unterstützen!**

**Spenden bitte auf das Konto: Ce Be eF Köln e.V. - 'die randschau', Konto-Nr. 153 30-508 beim Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Stichwort: Spende**
(Bei einem Vermerk "Quittung" auf dem Überweisungsträger und der Angabe Euerer vollständigen Anschrift, erhaltet Ihr automatisch eine steuerlich voll abzugsfähige Spendenbescheinigung bis zum Ende des Jahres vom Ce Be eF Köln e.V.)